

Diskussionspapier für den



# Europaweite Bewegung für ein Sozialeuropa? Mit gemeinwirtschaftlicher Investitionspolitik aus der Krise?



Prof. Albrecht Goeschel

von  
Prof. (Gast) Albrecht **Goeschel**  
Staatliche Universität Rostov  
Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale  
Verona

Verona/Marquartstein  
August 2013

**Herausgeber:**  
**Accademia ed Istituto per la**  
**Ricerca Sociale Verona**  
**Corso Porta Nuova 11**  
**I – 37122 Verona**  
**Palazzo Istituto Nazionale delle**  
**Assicurazioni – Studio Germa**

**Eigenverlag und Druck:**  
**Akademie und Institut für**  
**Sozialforschung e.V. – Korrespondenzbüro**  
**D – 83250 Marquartstein**  
**Staudacher Straße 9 b**

Inhalt	Seite
1. Welt-Krise: Wahltermin und Dethematisierung	3
2. Deutsche Wachstumspolitik für Europa: Etikettenschwindel und Verbalzugeständnisse	4
3. Marshallplan in Europa und Entwicklungskredite in Südamerika: Keine sehr guten Vorbilder	6
4. Keynes´ Wiederkehr: Illusionstheater einer neuen Großen Koalition	7
4.1. Wachstumsprogramme als Instrumente für Entpolitisierung durch Inflation	7
4.2. Überakkumulation und Finanzkapital	9
4.3. Programm-Keynesianismus gegen Illusions-Keynesianismus	10
4.4. Marshallplan für Europa als Katalog für Anleihen	12
4.5. Wahlkampf-Keynesianismus als Neoliberalisierungsvehikel	12
4.6. Zuständigkeits-Keynesianismus bei den Wohlfahrts-Verbänden	15
4.7. New Deal für Europa; Neujustierung von Kapitalakkumulation und Arbeitszeithandel	15
4.8. Mangelhafte Wirkungsprognose von Wachstums- Konjunktur- und Investitionsprogrammen	17
5. Wachstumsförderung durch Sozialinvestitionen: Beispiel Gesundheitsinfrastruktur für den Sektor Transport und Logistik	20
5.1. Wirtschaftswachstum durch Sozialsicherung und Daseinsvorsorge	21
5.2. Handel mit Arbeitszeit bedingt Sozialkosten	21
5.3. Produktive und investive Wirkungen von Sozialtransfers	22
5.4. Soziale Investitionsprogramme: Steigerung der Produktivität und Ausweitung der Dienstleistungen	24
5.5. Gesundheitsinfrastruktur für den Straßengüterverkehr: Beispiel für soziale Investitionsprogramme in der EU	24
5.5.1. Soziale Kosten der Gewinnsteigerung durch räumliche Arbeitsteilung und Güterverkehrssteigerung	24
5.5.2. Besonderheiten und Gesundheitsbedingungen der Fahrarbeit in der EU	28
5.5.3. Anforderungen an eine Gesundheitsinfrastruktur für den Straßengüterverkehr	29
5.5.4. Wachstumswirkungen eines Investitionsprogramms für die Kraftfahrergesundheit	33
5.5.5. Investitionsstandorte für eine Gesundheitsinfrastruktur für den Straßengüterverkehr	33
5.5.6. Leistungsbereiche und Arbeitseinheiten von Zentren für Kraftfahrergesundheit	24
6. Marshallpläne und New Deals: Ohne politisch-soziale Bewegung auch ökonomisch illusionär	37
7. Europeanationale Bewegung für ein Sozialeuropa	37
7.1. Transportwesen, Bankenwirtschaft, Medienbereich	37
8. Nicht Lösung sondern Teil des Problems: Gewerkschaften, Sozialverbände und Wohlfahrtsverbände	39

# 1. Welt-Krise: Wahltermin und Dethematisierung

Im weiten Vorfeld des Wahlkampfes in Deutschland hat sich eine ganz große „Koalition der Schönfärber“<sup>1</sup> aus Volksparteien und Wirtschaftsverbänden gebildet, die den massiven Einbruch der Exporte in der EU und den drohenden Rückgang des China- und Schwellenländergeschäfts<sup>2</sup> umdeuten und vor allem beschweigen. Das gleiche spielt sich im Euroraum und in der EU insgesamt ab: Die Hardliner der Bundesregierung geben sich als gute Freunde vor allem der europäischen Jugend<sup>3</sup> und als die Bescheidenheit in Person.<sup>4</sup> Die EU legt ein Hilfsprogramm in Sachen Arbeitslosigkeit der Jugendlichen auf, das nicht nur dürftig, sondern ebenso wenig nachhaltig und regionalgerecht ist wie andere EU-Programme, das aber wahlpolitisch rechtzeitig kommt.<sup>5</sup> Selbstverständlich dürfen auch die Ökonomen nicht fehlen, die ein Ende der Euro-Krise sehen – was bei Krisen immer irgendwann zu erwarten ist und die also schon vor „politischem Chaos“ bspw. in Italien warnen müssen.<sup>6</sup> Hinter dieser Schweigemauer einerseits und dem Programmspektakel andererseits bleibt die Tatsache verborgen, dass die Eurokrise keineswegs ausgestanden sondern lediglich durch die EZB-Liquiditätspolitik still gestellt ist.<sup>7</sup> Zumindest in der Medienöffentlichkeit in Deutschland wird gleichwohl durch die Strategie des Nichtansprechens und Aufmerksamkeitsablenkens „Scheinfrieden“<sup>8</sup> erzeugt.

Aber auch die Opposition in Deutschland beteiligt sich an diesem (Burg-)Frieden. Zwar hat die Sozialdemokratische Partei ein 80 Milliarden-Wachstumsprogramm als Wahlkampfforderung formuliert<sup>9</sup> kommuniziert dieses aber eher schallgedämpft.<sup>10</sup> angesichts der regelrechten Erosion der Infrastruktur in Deutschland.<sup>11</sup> Dies hängt nicht zuletzt mit der fatalen Rolle der Sozialdemokratischen Partei bei der für die Finanzkrise mitverantwortlichen Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte und der Dauerzustimmung zur Europ-Politik der noch regierenden Koalition zusammen.<sup>12</sup>

Kompensiert wird dieses Oppositionsprogramm außerdem durch ein noch weniger überzeugendes Wahlgeschenkeprogramm der Christlichen Parteien, das aber seine Wirkung nicht verfehlen wird.<sup>13</sup> Von der geradezu empörend-kläglichen Rolle einiger deutscher Gewerkschaften, allen voran der mittlerweile zurecht verhöhnten IG-„Edel“-Metall und der sogenannten Sozial- und Wohlfahrtsverbände in Sachen Soli-

<sup>1</sup> Büschemann, Karl-Heinz: Koalition der Schönfärber. In: Süddeutsche Zeitung, 8./9.6.2013

<sup>2</sup> Büschemann, Karl-Heinz: Abwärts. In: Süddeutsche Zeitung, 25.7.2013

<sup>3</sup> Merkel, Angela: Es darf keine verlorene Generation geben. In: Süddeutsche Zeitung, 3.7.2013

<sup>4</sup> Schäuble, Wolfgang: Kein deutsches Europa! In: Süddeutsche Zeitung, 20./21.7.2013 und Hulverscheidt, Claus: Wohltaten auf Kosten anderer In: Süddeutsche Zeitung, 5.8.2013

<sup>5</sup> Caceres, Javier; Gammelin, Cerstin: Am Rande der Gesellschaft. In: Süddeutsche Zeitung, 27.6.2013 und Gammelin, Cerstin; Caceres, Javier: Pflaster für große Wunden. In: Süddeutsche Zeitung, 29./30.6.2013

<sup>6</sup> Hulverscheidt, Claus: Europa kommt wieder in Schwung. In: Süddeutsche Zeitung, 9.8.2013

<sup>7</sup> Hoffman, Catherine: Böses Erwachen. In: Süddeutsche Zeitung, 5.7.2013 und Beise, Marc: Bittere Medizin. In: Süddeutsche Zeitung, 6./7.7.2013

<sup>8</sup> Gammelin, Cerstin: Scheinfrieden. In: Süddeutsche Zeitung, 18.7.2013; Brössler, Daniel: Merkels Gift. In: Süddeutsche Zeitung, 12.8.2013

<sup>9</sup> Hickmann, Christoph: Sie können sogar rechnen. In: Süddeutsche Zeitung, 5.7.2013

<sup>10</sup> Prantl, Heribert: Große Flaute. In: Süddeutsche Zeitung, 19.8.2013

<sup>11</sup> Oldag, Andreas: Armgespart. In: Süddeutsche Zeitung, 18.7.2013; Kuhr, Daniela: Deutschland kaputt. In: Süddeutsche Zeitung, 27./28.7.2013

<sup>12</sup> Müller, Albrecht: SPD-Fraktion unterhält Fälscherwerkstatt – zur Entsorgung ihrer Verantwortung für die Finanzkrise. In: NachDenkseiten, 27.10.2011

<sup>13</sup> Bohsem, Guido: Ganz ordentlich. In: Süddeutsche Zeitung, 27.6.2013

darität mit dem EU-Süden ganz zu schweigen.<sup>14</sup> Der Philosoph Jürgen Habermann wird deutlich und spricht von „Merkels clever-bösem Spiel der Dethematisierung“. Zugleich kritisiert er die großen Oppositionsparteien dass sie es versäumten „einen polarisierenden Wahlkampf (zu) riskieren . . . , um für Europa Mehrheiten zu mobilisieren – und nur das könnte uns retten.“<sup>15</sup>

## 2. Deutsche Wachstumspolitik für Europa: Etikettenschwindel und Verbalzugeständnisse

Zwar gab es schon ab Anfang 2010 in der Wirtschaftspresse<sup>16</sup>, seitens der großen Wirtschaftsorganisationen<sup>17</sup> und aus der Wirtschaftswissenschaft<sup>18</sup> und schließlich seitens anderer EU- und Euroländer<sup>19</sup> hartnäckige Forderungen nach einem Wachstumskonzept für die EU und den Euroraum, das durch Steuerfinanzierung und Infrastrukturinvestitionen qualifiziert sein sollte.<sup>20</sup> Kurz nach seinem Amtsantritt beziffert der neue Staatspräsident Frankreichs, Francois Hollande dieses Wachstumskonzept auf 120 Mrd. Euro.<sup>21</sup> In dieser Zeit wurde auch immer wieder die Idee eines Marshallplan zumindest für Südeuropa vorgetragen.<sup>22</sup>

Zwei Strategien zur Abwehr eines echten Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogrammes zur Bewältigung der Finanzkrise und der nachfolgenden Banken- und Budgetkrise in Europa sind seitens des deutschen Machtkartells aus Bundesbank, Bundesregierung, Volksparteien, Großbanken und Exportkonzernen zu identi-

<sup>14</sup> Einzige Ausnahme ist hier der Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen, der eine exzellente Aufsatzsammlung zur Euro-Krise vorgelegt hat. Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Euro: Rettet eine Sozial-Union Europa?, Düsseldorf 2013. Im Internet: [www.vdk.de/nrw](http://www.vdk.de/nrw)

<sup>15</sup> Müller-Doohm, Stefan: Eine zerrissene Union an der Schwelle. In: Süddeutsche Zeitung, 17.7.2013

<sup>16</sup> Irsch, Norbert: Wie der Wohlstand gehalten wird. In: Süddeutsche Zeitung, 8.3.2010; Hagelüken, Alexander: Nicht nur sparen und schrumpfen. In: Süddeutsche Zeitung, 28./29.1.2012; Hagelüken, Alexander: Sarkozy und das Chaos. In: Süddeutsche Zeitung, 16.4.2012; Gammelin, Cerstin; Hulverscheidt, Claus: Neue Milliarden für das Wachstum. In: Süddeutsche Zeitung, 2.5.2012; Piper, Nikolaus: Schicksal und Hoffnung. In: Süddeutsche Zeitung, 5./6.5.2012; Winter, Martin: Doping für die Wirtschaft: In: Süddeutsche Zeitung, 30.6/1.7.2012; Beise, Marc: Die Politik hat einen Tunnelblick. In: Süddeutsche Zeitung, 18./19.8.2012; Kuhr, Daniela: Deutschland kaputt. In: Süddeutsche Zeitung, 27./28.7.2013 und Oldag, Andreas: Armgespant. In: Süddeutsche Zeitung, 18.7.2013

<sup>17</sup> Koch, Moritz: Ein unliebsamer Bote. In: Süddeutsche Zeitung, 7.12.2011; Piper, Nikolaus: Schicksal und Hoffnung. In: Süddeutsche Zeitung, 5./6.5.2012; Piper, Nikolaus: Deutschland gegen den Rest der Welt. In: Süddeutsche Zeitung, 21.5.2012

<sup>18</sup> Bofinger, Peter: Deutschland lebt unter seinen Verhältnissen. In: Süddeutsche Zeitung, 17.5.2010; Kirchner, Thomas: Deutschland macht alles falsch. In: Süddeutsche Zeitung, 23./24.10.2011; Hoffmann Catherine: Einfach mal anders denken. In: Süddeutsche Zeitung, 17.4.2012; Hagelüken, Alexander: Die Rückkehr der Angst. In: Süddeutsche Zeitung, 18.4.2012; Hoffmann, Catherine: Klotzen wie Keynes. In: Süddeutsche Zeitung, 24.5.2012; Horn et al.: Inmitten der Krise des Euroraums: Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik. IMK-Report Nr. 79; Düsseldorf, Januar 2013; Horn et al.: Den Bann durchbrechen – Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2012, IMK-Report Nr. 70, Düsseldorf Januar 2013; Horn et al.: Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2011. Der Euroraum in Trümmern? IMK-Report Nr. 59, Düsseldorf, Januar 2012

<sup>19</sup> Schoepp, Sebastian: Aufstand gegen das Spardiktat. In: Süddeutsche Zeitung, 22.2.2012; Gammelin, Cerstin: Merkels verlorene Verbündete. In: Süddeutsche Zeitung, 24.4.2012; Gammelin, Cerstin: Allein unter Freunden. In: Süddeutsche Zeitung, 22.5.2012; Barroso, Jose Manuel; Lewandowski, Jannusz: Struktur-Reformen und Investitionen. In: Süddeutsche Zeitung, 18.6.2012; Gammelin, Cerstin; Ulrich Stefan: Signale der Annäherung. In: Süddeutsche Zeitung, 19.6.2012

<sup>20</sup> Hoffmann, Catherine: Einfach mal anders denken. In: Süddeutsche Zeitung, 17.4.2012; Gammelin, Cerstin; Ulrich, Stefan: Signale der Annäherung. In: Süddeutsche Zeitung, 19.6.2012

<sup>21</sup> Gammelin, Cerstin; Ulrich, Stefan: Signale der Annäherung. A.a.O.

<sup>22</sup> Piper, Nikolaus: Europa droht ein verlorenes Jahrzehnt. In: Süddeutsche Zeitung, 7./8.5.2011; Kirchner, Thomas: Chaos statt Strategie. In: Süddeutsche Zeitung, 31.1.2012

fizieren: In einer ersten Phase bis Anfang 2012 wurde eine Doppelstrategie von „Sparen“ und „Wachsen“ propagiert, bei der „Sparen“ im wesentlichen für direkte Lohn- und Lohnersatzkürzungen z.B. Rentensenkungen und Mehrwertsteueranhebungen stand während unter „Wachsen“ Änderung in den Sozialsicherungssystemen, Deregulierungen und Privatisierungen zu verstehen waren. Dies war die Phase des Paktes für Wettbewerbsfähigkeit, forciert von den Regierungen Merkel und Sarkozy.<sup>23</sup> Nachdem allerdings das deutsche Machtkartell bis zum Frühjahr 2012 auch durch die Politik des „Sparen“ eine erhebliche Zahl seiner Satellitenregungen mit oder ohne Wahlen verloren hatte (Irland, Portugal, Griechenland, Spanien, Italien und zuletzt Frankreich) war klar, dass die „Sparpolitik“ nun durch eine „Wachstums politik“ flankiert werden musste, die auch nur Profitsteigerung, allerdings unter anderem Namen war.<sup>24</sup>

Der neue Präsident Frankreichs konfrontierte damals das deutsche Machtkartell mit einem Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogramm finanziert u.a. aus einer Transaktionssteuer und Projektbonds mit Schwerpunkt wie Erneuerbare Energien, Kommunikationssysteme etc.<sup>25</sup> Nun schaltete das deutsche Machtkartell um von reinem Etikettenschwindel auf Verbalzugeständnisse, die im Kern lediglich eine Abmilderung der Jugendarbeitslosigkeit und Verfügbarmachung der südeuropäischen Jugend für die kerneuropäischen Arbeitsmärkte beinhalten.<sup>26</sup> Die Bundeskanzlerin gibt die besorgte Freundin der Jugend Europas: „Es darf keine verlorene Generation geben“.<sup>27</sup> Dass es sich hier um eine auch noch für den deutschen Arbeitsmarkt nutzbare lediglich verbale Hinwendung zu einer europäischen Wachstumspolitik handelt zeigt der Umfang dieses „Programmes“: Anstelle der von Präsident Hollande geforderten 120 Mrd. Euro werden ganze 6 Mrd. Euro aufgewendet.<sup>28</sup>

Es bleibt also, bei allen Strategien des Taktierens bei einer Politik des deutschen Machtkartells bei der die zu einer Bankenkrise gewordene und in eine Staatsbudgetkrise umgewandelte Finanzkrise benutzt wird, um nicht nur weiter europäische Ungleichgewichte durch deutsches Lohndumping zu forcieren, sondern die durch „Sparen“ und „Wachsen“ erreichte Kapitalvernichtung und Lohnsenkung im EU-Süden keinesfalls durch eine tatsächliche Wachstumspolitik zu heilen. Das Ziel bleibt: Maximalgewinne für Bundesbank, Bundeshaushalt, Großbanken und Exportkonzerne. Sicherung der Ansprüche der internationalen Anleger und Erschließung des EU-Südens als neue profitable, weil lohnreduzierte Anlagesphäre.

---

<sup>23</sup> Gammel, Cerstin: Wird der Euro wirklich sicher? In: Süddeutsche Zeitung, 4.2.2011 und Gammel, Cerstin: Der Pakt für den Euro. In: Süddeutsche Zeitung, 17./13.3.2011

<sup>24</sup> Gammel, Cerstin: Merkels verlorene Verbündete. In: Süddeutsche Zeitung, 24.4.2012 und Hoffmann, Catherine: Operation Selbstbetrug. In: Süddeutsche Zeitung, 16./17.5.2012

<sup>25</sup> Gammel, Cerstin: Ulrich, Stefan; Signale der Annäherung. In: Süddeutsche Zeitung, 19.6.2012

<sup>26</sup> Gammel, Cerstin: EU startet Programm für mehr Jobs. In: Süddeutsche Zeitung, 16.4.2012; diess.: Neue Solidarität. In: Süddeutsche Zeitung, 7.12.2012; diess.: Wachstum statt Eile. In: Süddeutsche Zeitung, 13.12.2012

<sup>27</sup> Merkel, Angela: Es darf keine verlorene Generation geben. In: Süddeutsche Zeitung, 3.7.2013. Merkel schreckt selbst vor so lachhaften Vorschlägen wie der Förderung der Frühverrentung zugunsten von mehr Beschäftigten für die Jugend nicht zurück. Hagelücken, Alexaner: Sparen allein schafft kein Wachstum. In: Süddeutsche Zeitung, 29.4.2013

<sup>28</sup> Gammel, Cerstin; Caceres, Javier: Pflaster für große Wunden. In: Süddeutsche Zeitung, 29./30.6.2013

### 3. Marshallplan in Europa und Entwicklungskredite in Südamerika: Keine sehr guten Vorbilder

Neben den Stimmen aus den Medien, den Wirtschaftsorganisationen, den Nachbarländern und der Wissenschaft haben auch die Sozialdemokratische Partei, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft umfangreiche Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogramme gefordert und diese u.a. als „Marshallpläne“ für Europa apostrophiert.<sup>29</sup>

Den kritischen Beobachtern fällt bei dieser „Marshallplan“-Programmatisierung zuallererst die Naivität der Promotoren dieser Politik ins Auge: Die US-Kreditfinanzierung des deutschen und europäischen Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg stand in keinem Verhältnis zu der enormen Technologie- und Qualifikationsbeute, die Staat und Wirtschaft der Vereinigten Staaten sich schon unmittelbar nach Kriegsende aus Europa sicherten. Zudem bot die Marshallplanpolitik der US-Administration ein vorzügliches Erpressungsmittel, um insbesondere Großbritannien und Italien zu konformer Politik zu zwingen und sie war ein kostengünstiger Weg, um Wertdeutschlands Kapitalstock und Produktionsvolumen in den Westblock zu integrieren – gekrönt durch die Einführung der D-Mark in den drei westlichen Besatzungszonen.<sup>30</sup>

Auch der Verlauf der späteren so genannten „Entwicklungspolitik“ gegenüber den südamerikanischen Schwellenländern sollte von einer naiven Entwicklungsprogramm – Propagierung abhalten. Die so genannten „Entwicklungsländer“ wurden auf dem Weg der „verschuldeten Industrialisierung“ (Altwater) direkt in die „Zinsfalle“ gelockt.<sup>31</sup> Zunächst stagnierte in den Jahren nach 1974 die Weltwirtschaft, die Investitionen waren rückläufig und dienten vor allem der Kostensenkung, d.h. dem Beschäftigungsabbau. Eine der Ursachen für diese Entwicklung war die in den Nachkriegsjahrzehnten gewachsene Konkurrentenrolle Europas gegenüber der USA.

Entsprechend der schlechten Aussichten für angemessene Profite in der Realwirtschaft sanken der Investitionskreditbedarf in den kapitalistischen Industrieländern und dementsprechend die Zinsen. In dieser, der heutigen Situation vor allem in Süd-Europa nicht unähnlichen Lage sahen öffentliche Haushalte und Privatunternehmen, die ansonsten auf den Kapitalmärkten Schwierigkeiten hatten, eine Finanzierungschance: Sie verschulden sich, um aufzuholen, um „wettbewerbsfähig“ zu werden. Genau an diesem Punkt schnappte dann allerdings die „Zinsfalle“ zu: Nur bei einer expansiven Weltwirtschaft hätten das kreditfinanzierte Neuangebot gegen die Konkurrenz des Altangebotes abgesetzt werden und die Handelsbilanzüberschüsse erzielt werden können, die zur Bedienung der Zinsen und zur Tilgung der Kredite für die gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit benötigt wurden.<sup>32</sup> Gerade weil in den Jahren nach 1974 einige südostasiatische Schwellenländer sich als Konkurrenten erfolgreich durchsetzten, verschärfte sich für die übrigen, vor allem südamerikanischen Schwellenländer die

<sup>29</sup> Hickmann, Christoph: Sie können sogar rechnen. In: Süddeutsche Zeitung, 5.7.2013; DGB-Bundesvorstand (Hrsg.): Ein Marshallplan für Europa, Berlin 4.12.2012 und ver.di-Bereich Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Achtung: Europa in Gefahr: Ein soziales Europa geht anders! Berlin o.J. S. 15

<sup>30</sup> Goeschel, Albrecht: „Milder Imperialismus?“ Vorgeschichte, Zusammenhänge, Hintergründe von Euro-Krise und EU-System 1920 – 2010. Hrsg.: Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona, Verona/Marquartstein, Mai 2012

<sup>31</sup> Altwater, Elmar: Die zwei Seiten der Medaille: Zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Verschuldung in der Weltwirtschaftskrise. In: Abromeit, Heidrun; Blanke, Bernhard (Hrsg.): Arbeitsmarkt, Arbeitsbeziehungen und Politik in den 80er Jahren. Leviathan, Westdeutscher Verlag Opladen, 8/1987, S. 407 - 423

<sup>32</sup> Ebda, S. 420

Arbeitslosigkeit noch mehr: Sie gerieten in die Schuldenkrise der 1980er Jahre.<sup>33</sup> Parallelen zu der Kreditflutung des EU- und Euroraumes durch die EZB bei gleichzeitiger Kapitalvernichtungspolitik, aber auch Lohnsenkungspolitik gegenüber dem EU-Süden, eigentlich Voraussetzung für neues profitables Wachstum, jedoch Weiterbestehen einer lohndumpingforcierten Produktions- und Exptortübermacht vor allem Deutschlands lassen sich unschwer finden.

#### **4. Keynes´ Wiederkehr: Illusionstheater einer neuen Großen Koalition?**

Wachstums-, Konjunktur- und Investitionspolitik keynesianischer Provenienz will Konjunkturzyklen und Stagnationstendenzen über die in den modernen Industriestaaten eingebauten „Stabilisatoren“ Sozialversicherung und Einkommenssteuer hinaus durch Kapitaltransfer, Niedrigzinspolitik, Sozial- und Infrastrukturinvestitionen, Sozialkonsum und Steigerung des Massenkonsum mittels Reallohnverbesserung und Konsumsteuersenkung im Gleichgewicht halten oder ins Gleichgewicht bringen.<sup>34</sup>

Gleichgewicht würde im Monopol- und Finanzkapitalismus bedeuten, dass die infolge des Profitmaximierungsprinzips dieses Wirtschaftssystems zwingend hinter der Produktion zurückbleibende Konsumtion durch Konsum, der zu dem stets zu niedrigem Konsum aus Arbeitslohn und Arbeits(neben-)lohn zusätzlich hinzukommt absorbiert wird. Andernfalls kommt es infolge mangelnder Gesamtnachfrage zu einem Rückgang von Investitionen, Beschäftigung und Einkommen bis zu dem Punkt, an dem auf niedrigerem Niveau die vorhandene Nachfrage wieder profitable Investitionen zulässt. Solche Stagnationsphasen, in denen die gesamtwirtschaftliche Ersparnis nicht investiert und konsumiert wird, stellen gesellschaftliche Rückfälle und Rückschläge dar weil schon geschaffener Wert vernichtet wird und das Volkseinkommen und der Gesamtkonsum weit unter den Möglichkeiten zurückbleiben.<sup>35</sup> Diese Situation wird in der kritischen Ökonomie auch als „relative Verelendung“ (Marx) bzw. „Leben unter seinen Verhältnissen“ (Keynes) apostrophiert und macht Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogramme, die Stagnation und Depression verhindern wollen auch zu einem ethisch und moralisch positiven, damit allerdings auch illusionsanfälligen Anliegen.

##### **4.1. Wachstumsprogramme als Instrumente für Entpolitisierung durch Inflation**

Kritische Ökonomen sehen den grundsätzlich illusionären Charakter keynesianischer Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogramme darin, dass sie die Voraussetzungen für ihre Realisierung, politische Machtverhältnisse, die sich diesen Programmen nicht, wie es bisher war, prinzipiell in den Weg stellen, außer Acht lassen.<sup>36</sup> Und

<sup>33</sup> Ebda, S. 417

<sup>34</sup> Gillmann, Joseph M: Prosperität in der Krise. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1968, S. 60 ff., S. 152 – 160 und S. 198 ff. Tatsächlich ist es jedoch so, dass die Vereinigten Staaten von Amerika seit der Depression der dreißiger Jahre nicht einmal mit Hilfe des „New Deal“ die Stagnationstendenzen ihrer Wirtschaft bewältigen und Vollbeschäftigung erreichen könnten. Dies war nur möglich durch den Eintritt in den Zweiten Weltkrieg, den Kalten Krieg und die Führung zahlreicher Begleit- und Folgekriege und die hierfür benötigten immense Rüstungsproduktion und Militärausgaben. Hierzu ausführlich Gillmann a.a.O., S. 96 ff.

<sup>35</sup> Gillmann, Joseph M.: A.a.O., S. 53 ff.

<sup>36</sup> Gillmann, Josef M.: A.a.O., S. 60 ff.



noch schlimmer: Soweit keynesianische Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogramme realisiert werden, findet dies als Handel zwischen Unternehmensverbänden, Staatsapparat und Großgewerkschaften statt, die damit als politische Kraft für die richtige Finanzierung, d.h. eine Finanzierung über Vermögens- und Einkommenssteuern ausfallen.<sup>37</sup> Letztlich bringt eine vielleicht sogar nur angekündigte und vorgetäuschte, wie jetzt durch die Bundesregierung, „keynesianische“ Wachstum-, Konjunktur- und Investitionspolitik durch ihre Befriedigungswirkung auch eine ernstgemeinte Politik des Wachstums um ihre wesentliche Voraussetzung: Eine Einkommensumverteilung.<sup>38</sup>

Das eigentlich Illusionäre an solchen Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogrammen zur Erweiterung der effektiven Nachfrage gemäß den Erfordernissen der Überakkumulation ist die Tatsache, dass auch sie am Ende auf Kosten der produktiven Arbeit gehen. Wenn Staatsausgaben für Sozial- und Infrastrukturinvestitionen und für Sozialkonsum aus Konsumsteuern einschließlich Sozialbeiträgen finanziert werden, handelt es sich um eine Erweiterung der Nachfrage aus dem Staatshaushalt, der eine Einschränkung der Nachfrage der Privathaushalte entspricht – der Nachfrageeffekt ist Null, evtl. wegen der Transaktionskosten sogar negativ. Eine Finanzierung von Sozial- und Infrastrukturinvestitionen und von Sozialkonsum aus der Wertschöpfung und aus dem Gewinnen hat ebenfalls, bezogen auf den surplus, eine Wirkung von Null wenn und weil die Unternehmen diese Belastungen über erhöhte Preise auf die Nachfrage der Privathaushalte abwälzen. Auch eine Finanzierung der Sozial- und Infrastrukturinvestitionen und von Sozialkonsum aus Verschuldung, d.h. Defizitspendung mobilisiert zwar zusätzliche still liegende Ersparnis, muss aber am Ende doch aus Steuern, d.h. vor allem den Arbeitseinkommen refinanziert werden, sind also am Ende wieder nur Staats-, anstatt Privatkonsum.<sup>39</sup> Kritische Ökonomen weisen auch darauf hin, dass neben den beschriebenen Formen einer bloßen Vertauschung des zu niedrigen Privaten Konsums durch Sozialstaatlichen Konsum und einer Finanzierung dieses Austausches über die Verbrauchs- und Lohnsteuer auch noch eine andere Form der Finanzierung der unzureichenden Nachfrage besteht: Die Inflation.<sup>40</sup>

Auf dem Höhepunkt einer Boomphase, wenn das überakkumulierte Kapital schon längst die für die erwarteten Profite ausreichende Nachfrage überschritten hat, können monopolisierte Industrien gleichwohl durch Preisfestsetzungen ihre Gewinnphase verlängern oder ihre Gewinnungsposition gegenüber anderen Branchen „verewigen“.<sup>41</sup> Ganz im Unterschied zur konventionellen Inflationsthese von zu wenig Gütern bei zu viel Kaufkraft ist die monopolistische Inflation das Ergebnis von zu viel Gütern bei zu wenig Kaufkraft.<sup>42</sup> Diese Inflation eignet sich dann die privaten Ersparnisse und sozialen Lohnfonds der Arbeitnehmer an.<sup>43</sup> So gesehen wäre ein gemäßigtes, d.h. nicht wirklich vermögens-, ertrags- und einkommensteuerlich merkliches „Wachstumsprogramm“ mit außerdem der Eröffnung neuer Anlagefelder, wie es die SPD vorgelegt hat, ein ganz ausgezeichnetes Konzept, um gegenwärtige Macht-

<sup>37</sup> Gillmann, Josef M.: A.a.O., S. 256

<sup>38</sup> Hickel, Rudolf: Programm vorrat als Voraussetzung nachfrageorientierter Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. In: Buttler et al. (Hrsg.): Staat und Beschäftigung: Angebots- und Nachfragepolitik in Theorie und Praxis. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 1985, S. 337 – 382, bes. 346

<sup>39</sup> Gillmann, Joseph M.: A.a.O., S. 161 ff.

<sup>40</sup> Gillmann, Joseph M.: A.a.O., S. 257

<sup>41</sup> Die Energiepreise sind hierfür ein treffendes Beispiel. Vgl. Gillmann, Joseph M.: A.a.O., S. 252 ff.

<sup>42</sup> Gillmann, Joseph M.: A.a.O., S. 255

<sup>43</sup> Vgl. Gillmann, Joseph M.: A.a.O., S. 256

konstellationen im Rahmen einer neuen Großen Koalition auch wachstumspolitisch zu legitimieren und auf Kosten der Arbeit zu realisieren.<sup>44</sup>

## 4.2. Überakkumulation und Finanzkapital

Ohne Zweifel war die Nullzins-Kreditflutung der Eurozone durch die Europäische Zentralbank angesichts der politischen Blockade direkter Transfers oder Eurobonds durch das deutsche Machtkartell der in dieser Situation einzige Weg, um eine noch schwerere Krise zu vermeiden. Die mit dieser Nullzinspolitik verbundenen Folge einer fortschreitenden Entwertung der zinsempfindlichen Teile der Lohnfonds, d.h. der Sozialversicherungen und der sonstigen Spar- und Vorsorgevermögen der Arbeitnehmer bestätigt Gillmanns These, dass es immer wieder die Arbeit ist, die Kosten für die Vermeidung oder Behebung der Inflation bezahlen muss.<sup>45</sup> Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogramme, die nicht über geeignete, weil nur erschwert über die Preise und damit letztlich eine Verringerung des Privatkonsums abwälzbare Steuern finanziert werden, erhöhen selbstverständlich das Inflationspotential. Dies begrenzt den geldpolitischen Spielraum für solche Programme.

Auch ein weiteres Instrument aus dem keynesianisches Konzept zur Bekämpfung der endemischen Überakkumulation bzw. Stagnationstendenz kapitalistischen Wirtschaftens, der Transfer von nicht investierbarem Kapital, d.h. der Kapitalexport, hat im Euroraum und unter den Bedingungen des entstandenen Finanzkapitalismus eine gänzlich andere Wirkung entfaltet als die angestrebte Vermeidung von Stagnation in der Realwirtschaft. Die Transferierung der von der deutschen Wirtschaft auch mittels Lohndumping gegenüber den europäischen Nachbarvolkswirtschaften erzielten enormen Handelsbilanzüberschüsse als Finanzkredite in den Euroraum hat dort erst die Fehlallokationen ermöglicht, die mit zu den Schwierigkeiten des EU-Südens gehören.<sup>46</sup> Vor allem aber haben nicht nur die Kapitalrückflüsse aus den Kredittransfers sondern der krisenbedingte (Flucht-)Kapitalzustrom nach Deutschland die deutsche Überakkumulation noch weiter forciert.<sup>47</sup>

Hickel hat im Zusammenhang der Diskussion über geeignete Konzepte einer nachfrageorientierten Beschäftigungspolitik schon in den 1980er Jahren auf das Phänomen einer anhaltenden Tendenz zur Entkoppelung von Sach- und Geldkapital, d.h. einer zunehmenden Re-Investierung von Gewinnen nicht nur in arbeitskostensparende und damit verstärkt (lohn-)einkommensenkende Rationalisierungsinvestitionen, sondern vor allem in Finanzanlagen verwiesen.<sup>48</sup> Eine wesentliche Bedingung dafür, dass Finanzanlagen nicht nur im Unterschied zu den Produktionsinvestitionen auf keinen Nachfragemangel gestoßen sind, sondern auch noch ein einer Hochzinsphase getätigt werden konnten, war die schon vorgehend erwähnte internationale Schuldenkrise.<sup>49</sup> Geldvermögensbildung, die dann inländisch keine rentierliche Verwendung findet und/oder in den internationalen Kapitalmarkt fließt, steht im Inland für Beschäftigung nicht mehr zur Verfügung, beschleunigt aber die Überakkumulation

<sup>44</sup> Schäfer, Ulrich: Der fragile Aufschwung. In: Süddeutsche Zeitung, 17./18.8.2013

<sup>45</sup> Gillmann, Joseph M.: A.a.O., S. 257

<sup>46</sup> Vesper, Dieter: Was könnte „Nachfragepolitik“ heute leisten? in: Buttler et al. (Hrsg.): Staat und Beschäftigung – Angebots- und Nachfragepolitik in Theorie und Praxis. In: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 1985, S. 9 – 44, bes. S. 15 ff.

<sup>47</sup> Gillmann, Joseph M.: A.a.O., S. 198 ff.

<sup>48</sup> Hickel, Rudolf: A.a.O., S. 345 ff.

<sup>49</sup> Ebda., S. 346

durch die zurückfließenden Gewinne.<sup>50</sup> Hinzu kommt, dass nicht alle, sondern vor allem die Konzernunternehmen Geldvermögensbildung betreiben und weil sich damit ihre Abnehmerfunktion für den Rest der Wirtschaft verschlechtert, diese in teure Verschuldung drängen.<sup>51</sup> Dies waren die Vorboten dessen, was wir heute als Finanzkapitalismus diskutieren.<sup>52</sup>

### 4.3. Programm-Keynesianismus gegen Illusions-Keynesianismus

Zum keynesianischen Konzept der Beseitigung oder Vermeidung der Stagnationstendenzen gehört an zentraler Stelle eine offensive (Lohn-)Einkommenspolitik. Schließlich ist die Hauptursache von Konjunkturkrisen und Stagnationstendenzen das systembedingte Zurückbleiben des Privatkonsum hinter der Kapitalakkumulation. Eine Reallohnanhebung kann dabei durch entsprechende Tarifabschlüsse selbst, durch Arbeitszeitverkürzung und Lohnausgleich, durch Senkung der Mehrwert- und anderer Konsumsteuern bei Erhöhung der Steuern auf Gewinne und Vermögen erfolgen.<sup>53</sup>

Zuletzt, und das betrifft die derzeit verstärkt diskutierten Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogramme kann der unzureichende Privatkonsum zu ausreichender („effektiver“) Nachfrage ausgedehnt werden, wenn entsprechend voluminöse „Investitionen in Sozialkapital“<sup>54</sup> getätigt werden. Keynes selbst spricht von „Sozialisierung der Investitionen“<sup>55</sup> – wird aber nicht konkreter. In der älteren Literatur werden noch vergleichsweise undifferenziert öffentlicher Wohnungsbau, das öffentliche Schulwesen sowie das öffentliche Gesundheitswesen genannt.<sup>56</sup> Allerdings vergisst die ältere Literatur, im Unterschied zu späteren Untersuchungen nicht darauf hinzuweisen, das Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogramme zur Schöpfung einer „effektiven“, d.h. der Überakkumulation gewachsenen Nachfrage auf eminente bis totale politische Blockaden stoßen müssen.<sup>57</sup> Die Politik des deutschen Machtkartells gegenüber dem EU-Süden zeigt dies deutlich. Gleichwohl ist es von Interesse, welche Investitionsfelder der neuere „Programm-Keynesianismus“ (Hickel) vor gut zwei Jahrzehnten gesehen hat. (Übersicht 1)

Die neueren Überlegungen zu keynesianischen Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogrammen gehen im Unterschied zu den älteren Konzepten nicht mehr von einem statischen Kapitalstock, sondern von einem unter Rentabilitäts Gesichtspunkten selbst dynamisierten Kapitalstock, d.h. letztlich einer zusätzlich instabilisierten Beziehung zwischen Mehrwertproduktion und Nachfrageabsorptionskraft aus. Hickel erläutert die durch Rationalisierungsinvestitionen und Technischen Fortschritt vergrößerten „deflatorische Lücke“.<sup>58</sup> Hieraus leitet er eine Verbreiterung der keynesianischen Wachstumspolitik ab, die verstärkt auch Arbeitszeitverkürzung umfassen muss.<sup>59</sup>

<sup>50</sup> Ebda., S. 348 und Gillmann, Joseph M.: A.a.O.

<sup>51</sup> Hickel, Rudolf: A.a.O., S. 350

<sup>52</sup> Ebda.

<sup>53</sup> Gillmann, Joseph M.: A.a.O., S. 243 ff.

<sup>54</sup> Gillmann, Joseph M.: A.a.O., S. 214

<sup>55</sup> Ebda., S. 93

<sup>56</sup> Gillmann, Joseph M.: A.a.O., S. 216 ff; S. 223 ff. und S. 233 ff.

<sup>57</sup> Mandel, Ernest; Wirtschaftstheorie 2. Band, Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1972, S. 668 ff. bes. S. 675

<sup>58</sup> Hickel, Rudolf: A.a.O., S. 352 ff.

<sup>59</sup> Ebda., S. 356

**Übersicht 1:  
Aufgabenbereiche  
eines  
Programm-Keynesianismus  
1985**

- **Erhaltung und Wiederherstellung einer befriedigenden Qualität der Umwelt**
- **Rationelle Verwendung von Energie und Rohstoffen**
- **Alternative Energie- und Rohstoffquellen**
- **Förderung des Wohnungs- und Städtebau**
- **Verbesserung der Verkehrsverhältnisse**
- **Behebung des Ausbildungsstellenmangels**
- **Abbau der Jugendarbeitslosigkeit**
- **Zusätzliche Plan- und ABM-Stellen im Öffentlichen Dienst**

Quelle: Hickel, Rudolf: Programmvorrat als Voraussetzung nachfrageorientierter Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. In: Buttler et al. (Hrsg.): Staat und Beschäftigung; Angebots- und Nachfragepolitik in Theorie und Praxis. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 1985, S. 362 – 365

Hickel sieht aber auch die gerne „illusionär“ ausgeblendeten institutionellen Strukturen als Voraussetzung für die Realisierung eines Programm-Keynesianismus. Im Unterschied zum Globalsteuerungs-Keynesianismus mit seiner allgemeinen staatlichen Kompensation effektiver Nachfragedefizite fordert er eine „bedarfsorientierte Aussteuerung“ der Nachfragepolitik. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist eine Neujustierung des Verhältnisses von zentraler und dezentraler Steuerung.<sup>60</sup> Er fügt die Dimensionen „Regionalisierung“,<sup>61</sup> „Kommunalisierung“<sup>62</sup> und „Alternative Produktion“<sup>63</sup> in die Programmmodellierung ein und bietet damit einen Weg zur Lösung des von Gillmann richtig erkannten Problems der politischen Widerstände gegen eine Politik der „effektiven Nachfrage“. Schon im Vorfeld der Wirtschafts- und Währungsunion und der späteren Vollendung durch die Gemeinschaftswährung Euro wendet Hickel diesen Ansatz auf die Chancen und Risiken eines strukturorientierten Euro-Keynesianismus an.<sup>64</sup>

<sup>60</sup> Hickel, Rudolf: A.a.O., S. 370

<sup>61</sup> Ebda., S. 372

<sup>62</sup> Ebda., S. 375

<sup>63</sup> Ebda., S., 375

<sup>64</sup> Hickel, Rudolf: Zwischenbilanz zum europäischen Währungssystem (EWS). In: WSI-Mitteilungen, Düsseldorf 10/1989, S. 595 – 605, bes. S. 603 ff.

#### 4.4. Marshallplan für Europa als Katalog für Anleihen

Betrachtet man vor diesem Hintergrund den von DGB-Bundesvorstand vorgelegten „Marshallplan für Europa“, so bleibt dieser, abgesehen von seiner bestenfalls naiven Reminiszenz an den schlichtweg nur imperialistischen US-Wiederaufbauplan für Europa, auch eigenartig beliebig. Die aufgezählten Aufgabenbereiche dieses „Marshallplan“ lassen keine Systematik erkennen, sie sind letztlich aus dem aktuellen wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitischen Mainstream zusammenkonzipiert. (Übersicht 2)

Vor allem aber will dieser „Marshallplan“ des Deutschen Gewerkschafts-Bundes mit seinem Finanzierungskonzept eines „Europäischen Zukunftsfonds“ nichts weiter, als den 27 Billionen Euro Geldvermögen in Westeuropa „gute und sichere Anlagemöglichkeiten“ bieten. Zwar wird zur Finanzierung dieses Fonds die Einführung einer Finanztransaktionssteuer mit einer Steuer von 0,1 Prozent auf den Handel mit Aktien und Anleihen und von 0,01 Prozent auf den Handel mit Derivaten gefordert.<sup>65</sup> Allerdings erscheint diese für die nur noch größer gewordenen Ungleichgewichte in Europa (Überakkumulation im produktionsgütergeprägten Kerneuropa, Unterkonsumtion im konsumgüterreduzierten Peripherieeuropa, Export- und Finanzkapitalkonzentration und Krisenregionen etc.) völlig belanglose Abschöpfung des Kapitalmarktes schon jetzt eine „Luftnummer“: Nur ein Teil der EU-Länder will sie überhaupt einführen, der Finanzsektor sorgt längst für Verwässerung und die Deutsche Bundesregierung verzögert das Vorhaben erkennbar.<sup>66</sup> Die außerdem vorgeschlagene „Vermögensabgabe“ bleibt ebenso allenfalls ein Appell an die Politik. Einen irgendwie garteten Hinweis auf die politisch-soziale Kräftekonstellation, bei der und durch die den gemachten Vorschlägen Eigengewicht und Nachdruck verliehen werden soll, eine politisch-ökonomische Strategie sucht man im Plan des Gewerkschaftsbundes vergebens. Er ist politisch schmerzfrei, aber bestens geeignet, im uneinigen Gewerkschaftslager eine positive Grundstimmung für „irgendwelche“ Programme zu schaffen, die dann auf die Steuersubvention, d.h. Förderung der Profitabilität der Kapitalisierung bisher öffentlicher Daseinsvorsorge etc. hinauslaufen.

#### 4.5. Wahlkampf-Keynesianismus als Neoliberalisierungsvehikel

Während das „Marshallplan“-Konzept erkennbar in guter Absicht und auch mit richtigen Erkenntnissen, aber eben letztlich politisch illusionär bleibt, darf man der Sozialdemokratischen Partei und ihrem für den Bundestagswahlkampf zurechtgemachten Investitionsprogramm die gewohnt bösen Absichten unterstellen, wie sie schon in den Zeiten der Agenda 2010 vom gleichen Personal als Plan gefasst und in die Tat umgesetzt worden sind: Sozialpolitik als Instrument der Lohnquotensenkung damals, Wachstumspolitik als Camouflage für weitere Neoliberalisierung heute.

Das für eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratischen Partei im Herbst 2013 angekündigte Investitionsprogramm soll unter totaler Ignoranz gegenüber dem längst eingespielten neuen „Gleichgewicht“ zwischen der nun deindustrialisierten und kreditklammen Niedriglohnperipherie der EU und dem mit Real- und Finanzkapital überladenen Kerneuropa nun der versammelten internationalen Anlegerschaft eine 80 Milliarden-Investitionsgelegenheit anbieten. Davon sollen 20(!) Milliarden aus

<sup>65</sup> Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand (Hrsg.): A.a.O., S. 21

<sup>66</sup> Schäfer, Ulrich; Eine Steuer wird geschreddert. In: Süddeutsche Zeitung, 1./2.6.2013

## Übersicht 2:

### Aufgabebereiche eines „Marshallplan für Europa“ 2012

#### Kooperation zwischen den Ländern

- Bekämpfung von Steuerflucht und Korruption
- Austausch von Beamtinnen und Beamten und Angestellten der öffentlichen Verwaltungen
- Erfahrungsaustausch zwischen den europäischen Sozialpartnern zur Gestaltung der Arbeitsbeziehungen

#### Konjunkturstabilisierende Maßnahmen

- Verlängerung der Laufzeit und Zinsreduzierung der bi- und multilateralen Kreditverträge mit den europäischen Krisenländern
- Bezuschussung der Privathaushalte beim Austausch von vorhandenen durch energieeffizientere Haushaltsgeräte
- Geeignete Maßnahmen gegen Zwangsräumungen von Eigenheimen

#### Investitionen in die Energiewende

- Erneuerbare Energien
- Steigerung der Energieeffizienz
- Netzausbau
- Gas- und Kohlekraftwerke
- Dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung
- Miniblockheiz- und Virtuelle Kraftwerke
- Energiespeicher
- Energetische Gebäudesanierung und sonstige Energieeinsparungen

#### Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur

- Auf- und Ausbau eines multi- und intermodal verknüpften transeuropäischen Verkehrsnetzes
- Ökologische Verbesserung und technische Erweiterung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN), des Fernverkehrs und des öffentlichen Nachverkehrs
- Erneuerung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur

### **Ausbau von Breitbandnetzen**

- **Flächendeckende Ausstattung mit glasfaserbasiertem Breitband**

### **Sicherung der Industriegewirtschaft**

- **Investitionszulage zur Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben**
- **Zinsgünstige Kredite für langfristige Investitionsvorhaben**
- **Langfristkredite für Mittel- und Kleinbetriebe in strukturschwachen Getrieben**
- **Wiederingangsetzung der Kreditvergabe in Krisenländern**
- **Mikrokreditprogramm für Griechenland**

### **Investitionen in soziale und private Dienstleistungen**

- **Gesundheitswirtschaft**
- **Älterenwirtschaft**
- **Kreativwirtschaft**
- **Mobilitätswirtschaft**
- **Ökologiewirtschaft**
- **Finanzwirtschaft**

### **Investitionen in Bildung und Ausbildung**

- **Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und Weiterqualifizierung für arbeitslose Jugendliche**
- **Ausbau von Kinderbetreuung**
- **Ausbau von Hochschulen**
- **Übernahmen der dualen Ausbildung durch andere Länder**

### **Investitionen in altersgerechtes Wohnen und altersgerechte Infrastrukturen**

- **Altersgerechter Wohnungsneubau**
- **Altersgerechte Altbausanierung**
- **Altersgerechte Gestaltung der öffentlichen Verkehrsmittel**
- **Altersgerechte Gestaltung der öffentlichen Einrichtungen**

### **Nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen**

- **Intelligentes Wassermanagement**
- **Effiziente Wassernutzung**
- **Abwasserrecycling**
- **Entsalzung des Meerwassers**

zusätzlichen Steuereinnahmen von Gutverdienern und Vermögenden finanziert werden – 60 Milliarden sollen von Anlegern kommen.<sup>67</sup>

Investitionsfelder sollen sein: Bildung und Wissenschaft; Pflege; Breitbandausbau; Verkehr und Städtebau.<sup>68</sup> Man darf getrost unterstellen, dass das heimliche Konzept dieses „sozialdemokratischen Wahlprogramms“ darin besteht, dass es eine „Vermögenden“-Besteuerung gar nicht geben wird und dass auch eine „Defizit-Spending“-Finanzierung allein schon wegen Schuldenbremse und Fiskalpakt ausscheidet und am Ende die Anlagemöglichkeiten durch weitere Deregulierung und Privatisierung geschaffen werden. Dies wäre dann eine weitere Runde sozialdemokratischer Neoliberalisierung im Gewande keynesianischer Investitionspolitik.<sup>69</sup> Das würde allerdings auch eine Forcierung des stagnationsursächlichen Überakkumulation im Euro-Kern bedeuten und dort die Sektorinflation im Bereich von Wertpapierkursen, Energiekosten und Bau-, Boden- und Wohnungspreisen weiter vorantreiben.<sup>70</sup>

Dabei besteht das Hintergrundrisiko, dass ein denkbarer Re-Konstruktionsboom mit erneutem Kapitalexpert aus Deutschland im EU-Süden, natürlich auf niedrigerem Entwicklungsniveau als möglich und nötig, dort Inflationstendenzen mit den bekannten einkommensenkenden Wirkungen für die Arbeitnehmer entwickelt.

#### 4.6. Zuständigkeits-Keynesianismus bei den Wohlfahrtsverbänden

Die jüngst in die Öffentlichkeit gebrachten „Investitions“-Berechnungen im Bereich der Wohlfahrtsverbände sind ähnlich wie die landläufigen Sozialberichte nichts weiter als eine etwas andere Aufzählung der vorfindlichen „Zuständigkeiten“ und dort benötigten Finanzmitteln.<sup>71</sup> Eine auch nur spurhafte Begründung für die ausgewählten „Investitionsbereiche“ sucht man vergebens.

Die Sozialverbände haben nicht einmal das zuwege gebracht. Im Unterschied zu diesem auch Professionalitätsdefizit der Wohlfahrts- und Sozialverbände haben die Kommunen eine bemerkenswerte Aufwandsberechnung für ihren Bereich vorgelegt. Sie haben ausgehend von demografiebedingten Veränderungsbedarf in den Kommunen für die wichtigsten Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge den entsprechenden Investitionsbedarf berechnet.<sup>72</sup>

#### 4.7. New Deal für Europa: Neujustierung von Kapitalakkumulation und Arbeitszeithandel

Das Kennzeichnende am Kapitalismus: Konjunkturkrisen, Stagnationsphasen und Katastrophenbooms, d.h. Prosperitätsschübe nach Depressionsjahren ist immer auch ein zeitweiliges neues „Gleichgewicht“ zwischen dem aus der Krise und De-

<sup>67</sup> [www.faz.net](http://www.faz.net), 04.7.2013

<sup>68</sup> Ebda.

<sup>69</sup> Wie zu hören ist, wird im Bereich der Wohlfahrtsverbände, die bislang gegenüber der Wirtschaftspolitik Ahnungslosigkeit kultiviert haben, an Forderungen hinsichtlich „sozialer Investitionen“ dilettiert. Das ist wohl als Ausfluss des üblichen Opportunismus der Wohlfahrtsverbände gegenüber der Volksparteien, d.h. hier als Wahlkampfhilfe für die SPD zu verstehen.

<sup>70</sup> Hickel, Rudolf: Knallharter Richtungsstreit. In: Süddeutsche Zeitung,

<sup>71</sup> Goeschel, Albrecht; Zweiter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern. Hrsg. Studiengruppe für Sozialforschung e.V., Marquartstein 2009

<sup>72</sup> Deutsches Institut für Urbanistik: Investitionsbedarf der Kommunen für eine altengerechte Infrastruktur. In: difu-Berichte, Berlin 2/2013



pression übrig gebliebenen Realkapital und Finanzkapital und der noch billiger gewordenen, vor allem regional und sozial gespaltenen Erwerbsarbeit und ihrer Entlohnung und damit möglicher steigender Profite.<sup>73</sup> Hierbei spielt jeweils der historische, territoriale und soziale Lebensstandard eine wesentliche Rolle dafür, wie weit die Preise im Handel mit Arbeitszeit, also die Löhne gesenkt werden können.<sup>74</sup> Per se gilt für kapitalistische Marktwirtschaften also immer ein Kompromiss, ein gesellschafts-, wirtschafts- und arbeitspolitischer „Deal“ für die Beziehungen von Kapitalakkumulation und Arbeitszeithandel.

Der aus Österreich kommende Vorschlag für einen „New Deal“ für Europa<sup>75</sup> setzt im Unterschied etwa zum „Marshallplan“-Konzept am zwingend politischen Charakter von Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogramme zur Krisenbewältigung an. Zentraler Ausgangspunkt ist die These, dass langfristiges Wachstum nur als Verknüpfung technologischer Basisinnovationen und sozialer Innovationen erreicht werden kann, d.h. durch eine stabilisierte Relation zwischen Kapitalverwertung und Arbeitseinkommen. Als Beispiel wird das fordistische Wachstumsmodell, Fließbandproduktion von Automobilen und Erhöhung der Massenkaufkraft angeführt.<sup>76</sup> Als soziale Entsprechung zu der mit der mikroelektronisch möglich gewordenen vervielfachten produktiven Kapitalvermehrung schlägt Schulmeister neue Modelle für den Handel mit Arbeitszeit vor.<sup>77</sup> (Übersicht 3)

Wie Gillmann herausarbeitet, bleibt Keynes Vorstellung einer „Sozialisierung der Investitionen“ nicht nur vage sondern auch politikfrei.<sup>78</sup> Nicht ohne Grund benennt Hickel bei seinem Konzept eines „Programm-Keynesianismus“ auch die unterschiedlichen politischer Handlungs- und Durchsetzungsebenen, etwa die Regionen für einen wirksamen „Programm-Keynesianismus“. Schulmeister argumentiert, dass es einer natürlich politisch durchzusetzenden neuen Relation von mikroelektronischem Produktivitätssprung und dem regulierten Arbeitseinsatz, einer neuen Relation von Kapitalakkumulation und Arbeitszeithandel bedarf und entwickelt von diesem zentralen politischen Ausgangspunkt hier sein Konzept eines „New Deal“ als Rahmen eines Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogrammes.

Man kann diesen Ansatzpunkt, d.h. die Arbeitsleben- und Arbeitsstundenentlohnung als Leitlinie für eine systematische Ermittlung von Programmbereichen die bisher fehlt nutzen. Schulmeister schlägt im wesentlichen eine Verkürzung, aber auch eine freiere Verfügung der Lebensarbeitszeit bzw. der Arbeitsabschnitte im Lebenslauf vor.<sup>79</sup> Aus dieser Sicht können Programmbereiche für eine Wachstums-, Konjunktur- und Investitionspolitik danach entwickelt werden, welche Lebensbereiche besonders

<sup>73</sup> Mandel, Ernest: Wirtschaftstheorie 1. Band, Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main 1972, S. 163 ff., 405 ff., bes. 413 ff. und 440 ff.

<sup>74</sup> Ebda., S. 163 ff. Insbesondere der Aufspaltung der Preise für Arbeitszeit in Löhne und Nebenlöhne wie bspw. Sozialversicherungsbeiträge bzw. -leistungen zeigen, dass hier politisch-institutionelle Arrangements eine wesentliche Rolle spielen. Ebda., S. 396 ff.

<sup>75</sup> Schulmeister, Stefan: Mitten in der großen Krise: Ein „New Deal“ für Europa, Pius Verlag Wien, 2. Auflage 2010

<sup>76</sup> Ebda., S. 108 ff.

<sup>77</sup> Ebda., S. 108 ff.

<sup>78</sup> Joan Robinson weist darauf hin, dass es in den Vereinigten Staaten eigentlich der militärisch-industrielle Komplex war, der mit dem Eintritt in den 2. Weltkrieg, der Führung des Kalten Krieges und der Führung zahlreicher Begleit- und Folgekriege die politische Richtung des Keynesianismus entschied. Vgl. Hickel, Rudolf: Programmvorrat als Voraussetzung nachfrageorientierter Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, a.a.O., S. 341

<sup>79</sup> Schulmeister, Stefan: A.a.O, S, 108 ff.

## Übersicht 3

### Komponenten eines „New Deal“ für Europa 2010

1. **Neue Lebensarbeitszeitmodelle in Verbindung mit ausgewogener Einkommensverteilung**
2. **Arbeitszeitmodelle für Konjunkturerbrüche mit Bevorzugung von Kurzarbeit gegenüber Arbeitslosigkeit**
3. **Europäische Mindestsicherung mit Länderdifferenzierung**
4. **Ökologische Durchgestaltung von Produktion, Distribution und Konsum einschließlich der Entwicklung und Einführung umweltfreundlicher Kfz**
5. **Erweiterung und Erneuerung der transeuropäischen Verkehrsnetze und Nachrichtennetze**
6. **Erneuerung des europäischen Energiesystems**
7. **Entökonomisierung des Bildungssystems bei gleichzeitig besser Kapazitätenutzung**

Quelle: Schulmeister, Stephan: Mitten in der großen Krise: Ein „New Deal“ für Europa, Picus Verlag Wien, 2. Auflage 2013, S. 108 ff.

zeitkritisch in dem Sinne sieht, dass sie durch „unnötigen“ bzw. „ungewollten“ Verbrauch bzw. „vermissten“ Vorrat an physikalischer Zeit geprägt sind. Gleichermassen könnte mit der ökonomischen Zeit, d.h. dem Aufwand an Arbeitszeit verfahren werden.<sup>80</sup> (Übersicht 4)

#### **4.8. Mangelhafte Wirkungsprognose von Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogrammen**

Es wurde schon gezeigt, dass keynesianische Programme unter einem Politikdefizit, einem Realisierungssillusionismus leiden. An den Beispielen des DGB-Marshallplan und insbesondere des SPD-Investitionsprogrammes, aber auch des Zahlenwerkes aus dem Kreis der Wohlfahrtsverbände wurde gezeigt, dass deren beliebige Auswahl und Zusammenstellung von Aufgabenfeldern einerseits, deutliche Eröffnung vor allem von Investitionsfeldern andererseits darauf schließen lässt, dass es sich hier um

<sup>80</sup> Hackett, Anne: Arbeitszeit und Lebenszeit – die Zeitverwendung abhängig Beschäftigter im Kontext von Erwerbsarbeit. In: Bartelheimer et al.: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Teilhabe im Umbruch. Hrsg.: Forschungsverbund sozioökonomische Berichterstattung. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden 2012, S. 659 - 692

**Übersicht 4:**  
**Zeitkritische Aufgabenfelder**  
**für**  
**Soziale Investitionsprogramme**

Unerwünschte Wartezeiten/ vermisste Verweilzeiten*	Programmbereiche/ Zielgruppen*
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinderbetreuungszeiten</li> <li>• Schuljahrwiederholungszeiten</li> <li>• Ausbildungsabbruchfolgezeiten</li> <li>• Arztwartezeiten</li> <li>• Krankenhauswartezeiten</li> <li>• Häusliche Altenpflegezeiten</li> <li>• Anfahrts- und Rückfahrtszeiten</li> <li>• Verkehrsstockungs- und Verspätungszeiten</li> <li>• Preisgünstigkeitsvergleichszeiten</li> <li>• Nichtöffnungszeiten</li> <li>• Pflichtterminzeiten</li> <li>• Fahrverbotszeiten</li> <li>• Aufenthaltserlaubniswartezeiten</li> <li>• etc.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausbau der Kinderbetreuung</li> <li>• Ausbau und Umorganisation des Bildungswesens</li> <li>• Ausbau und Umorganisation der ambulanten Versorgung</li> <li>• Ausbau und Umorganisation der stationären Versorgung</li> <li>• Entlastung der Angehörigenpflege</li> <li>• Verbesserte räumlich-verkehrliche Zuordnung von Arbeiten und Wohnen</li> <li>• Verbesserte räumlich-verkehrliche Zuordnung von Einkäufen und Wohnen</li> <li>• Verbesserte räumlich-verkehrliche Zuordnung von Gesundheitsversorgung und Wohnen</li> <li>• Niedrigschwellige öffentliche Preisvergleichsformen für Mietwohnungen, Energieversorgung etc.</li> <li>• Standortliche und organisatorische Abstimmung der hoheitlichen und daseinsvorsorgenden öffentlichen Dienste auf die Zeitstruktur des Publikums</li> <li>• Wirksamkeitsverbesserung der Arbeitsförderung nach SGB II</li> <li>• Gesundheitliche, soziale und kulturelle Betreuung der Fernfahrer in der EU</li> <li>• Bildungs- und Beschäftigungsprogramm für Aufenthaltswerberinnen und Aufenthaltswerber</li> <li>• etc.</li> </ul>

\*) Auswahl

eine vielleicht ungewollte weitere Neoliberalisierung im Gewande des Keynesianismus handelt.<sup>81</sup>

Demgegenüber hält Hickels „Programm-Keynesianismus“ die Notwendigkeit entsprechender Umverteilung und auch der Identifikation von Politikebenen der Programmumsetzung fest<sup>82</sup> und Schulmeister macht eine stabile Besteuerungsbasis zur Grundlage seines New Deal. Er gibt aber auch den Hinweis auf eine Suchregel für Aufgabenfelder. Die notwendige Neuordnung von Kapitalakkumulation und Handel mit Arbeitszeit verweist darauf, Aufgabenfelder für öffentliche Investitionen vor allem auch in zeitkritischen Alltagsbereichen und in den Bereichen Lebensarbeitszeit und Arbeitszeitsenkung zu suchen.<sup>83</sup> Damit spricht Schulmeister den zentralen Punkt aller Programme an: Verstärken sie durch Erhöhung der Produktivität die bessere Ausschöpfbarkeit der Arbeit bzw. die preisgünstige Herstellung, Erhaltung und Aufbereitung der Arbeit, machen sie Arbeit letztlich bloß billiger und steigern sie den Mehrwert, d.h. verschärfen sie in Wirklichkeit das krisenursächliche Problem der Überakkumulation? Oder verbreitern und erweitern diese Programme durch Eröffnung weiterer Sozialaufgaben die bessere Lebenshaltung der Arbeit, machen sie Arbeit teurer und senken sie dadurch den Mehrwert?<sup>84</sup>

Hierbei ist entscheidend dass Transferzahlungen durch den Sozialstaat, bzw. die Sozialversicherungen sozusagen als Zentralkassen von Kollektivlöhnen angestrebt werden und entweder die Löhne steigern<sup>85</sup> oder auch, wie bei den „Reformen“ in Deutschland und jetzt auch Europa, die Löhne auf dem Umweg über die Nebenlöhne, d.h. Transfereinkommen gesenkt werden.<sup>86</sup>

Soweit es die Erbringung kostenloser sozialer und anderer öffentlicher Dienste wie Bildung und Gesundheit betrifft, stellen auch diese und ebenso die Einkommen der in diesen Diensten Beschäftigten kein zusätzliches Einkommen dar, sondern sind wegen ihrer überwiegenden Finanzierung aus Lohn- und Verbrauchssteuern bzw. aus Beiträgen auf Lohnarbeit übertragene Einkommen aus den Einkommen der produktiven Arbeiter.<sup>87</sup> Sie erhöhen daher die Nachfrage nicht sondern verlagern diese nur.

Zuletzt gibt oder gab es noch öffentliche Dienstleistungen wie Verkehrsversorgung, Wohnungsvermietung, Energieübertragung, Telekommunikation, Wasserversorgung, die von Staat und seinen verschiedenen Ebenen und Einrichtungen gegen öffentliche Preise, d.h. Gebühren abgegeben werden die unter den möglichen Marktpreisen liegen.<sup>88</sup> Diese Differenz weil sie ebenfalls überwiegend aus Lohn- und Verbrauchssteuern finanziert wird, erhöht ebenfalls nicht die effektive Nachfrage. Allerdings dämpft die öffentliche oder gemeinschaftliche Bereitstellung von Gütern und Leistungen die Überakkumulation und erlaubt eine politisch diskutierte Mehrwertakkumulation weil das Profitprinzip fehlt.<sup>89</sup>

---

<sup>81</sup> Vgl. Abschnitt 4.5.

<sup>82</sup> Fußnote 38

<sup>83</sup> Mandel, Ernest: A.a.O. S. 163

<sup>84</sup> Mandel, Ernest: A.a.O. S. 163 ff., bes. S. 170

<sup>85</sup> Mandel, Ernest: A.a.O. S. 398 ff.

<sup>86</sup> Goeschel, Albrecht: Sozialpolitik als Instrument der Verarmung? Die Zerstörung des europäischen Wohlfahrtsstaates in der Euro-Krise. In: Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Euro: Rettet eine Sozial-Union Europa? Düsseldorf 2013, S 11 - 38

<sup>87</sup> Mandel, Ernest: A.a.O., S. 396-402, bes. S. 356 ff.

<sup>88</sup> Ebda., S. 350 ff.

<sup>89</sup> Die Produktivitätssteigerung bzw. Absenkung des jeweiligen regionalen Kapitalstocks durch „Externe Effekte“ von verbesserter/verschlechterter Infrastruktur wird hier nicht weitere vertieft. Vgl. dazu Jansen, Paul Günter: Infrastrukturinvestition als Mittel der Regionalpolitik. Bertelsmann Universität Verlag, Düsseldorf, 2. Auflage 1970, S. 35 ff.

Eine aufmerksame Beobachtung der Wirkung von realen oder monetären Transferleistungen, ob sie nämlich lediglich durch Steigerung der Produktivität direkt oder indirekt den Wert der Arbeitskraft senken<sup>90</sup> oder durch die Ausdehnung der Sozialfinanzierung auf neue Lebensbereiche zu einer Steigerung der Soziallohnquote beitragen und damit den Wert der Arbeitskraft auch direkt erhöhen<sup>91</sup> ist dringend geboten. Ebenso muss beobachtet werden, ob und inwieweit Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogramme nicht nur dazu dienen, nichtgewinnorientierte öffentliche oder gemeinwirtschaftliche Unternehmen in Kapitalanlagegelegenheiten, d.h. profitorientierte Unternehmen umzuwandeln oder zunächst das Entwicklungsrisiko neuer Unternehmensfelder öffentlich vorzufinanzieren.<sup>92</sup> In der kurzen Phase einer Politik der Globalsteuerung und dann einer Zukunftsinvestitionspolitik von der zweiten Hälfte der 1960er Jahre bis Ende der 1970er Jahre hat sich in (West-)Deutschland eine Kultur der Wirkungsanalysen und Wirkungsprognosen für öffentliche Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogramme entwickelt, an die heute kaum mehr erinnert wird.<sup>93</sup> Ein entscheidender Mangel aller neueren Vorschläge für Wachstums-, Konjunktur- und Investitionsprogramme zur Bewältigung der sogenannten Eurokrise ist ihre „handwerkliche“ Dürftigkeit, d.h. der Verzicht auf eine Analyse der Realisierungsvoraussetzungen und der Realisierungsauswirkungen. Dies macht einen wesentlichen Teil ihres illusionären Charakters aus.

## **5. Wachstumsförderung durch Sozialinvestitionen: Beispiel Gesundheitsinfrastruktur für den Sektor Transport und Logistik**

Seit dem Jahr 2008 wird an Pilotprojekten für den Aufbau eines speziell für die Berufskraftfahrer, insbesondere Fernfahrer und für die sonstigen zahlenmäßig wachsenden Mobilerwerbstätigen ausgelegten Gesundheitsinfrastruktur an Autobahnen, Logistikzentren und Speditionsstandorten gearbeitet. Bislang ist auch die Gesundheitsversorgung dieser millionenstarken Erwerbstätigkeitsgruppe durch die fast aus-

---

<sup>90</sup> Ein Beispiel bietet hier die Förderung von „Familienfreundlichkeit“ der Arbeitswelt auf betrieblicher Ebene durch Erziehungszeitenregelung und auf gemeindlicher Ebene durch Kindertagesstättenbereitstellung. Der Effekt ist vor allem eine Erhöhung des Arbeitszeitangebotes auf dem Arbeitszeitmarkt mit einer Tendenz zur relativen Senkung des Lohnniveaus auch durch Ausbau der Teilzeitarbeit.

<sup>91</sup> Ein Beispiel bietet hier die „Pflegeversicherung“. Hier wurden in einem langen Aushandlungsprozess Konstruktionen gefunden wie Teilkaskoversicherung, Feiertagereduzierung etc., um eine Reallohnsteigerung zu vermeiden. Insbesondere die allmähliche Verschiebung von Morbidität aus der Vollleistungs-Krankenversicherung in die Teilleistungs-Pflegeversicherung bedeutet sogar eine nachträgliche (Neben-)Lohnsenkung. Zander, Thomas: Pflegeversicherung und Pflegeversorgung; Entsteht hier die gesundheitliche Grundversorgung der Zukunft? In: Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Pflege-Armut“; Folge der Pflege-, Gesundheits- und Grundsicherungsreformen? Düsseldorf 2012, S. 51 - 70

<sup>92</sup> Die Privatisierung der Bundesbahn, die Privatisierung enormer Bestände an öffentlich-gemeinwirtschaftlichem Wohnungsbau, die Privatisierung von Stadtwerken und Krankenhäusern sind hier die hervorstechendsten Beispiele. Umgekehrt ist die einseitige Bevorzugung der großtechnologischen Energiewende durch Windparks und Stromautobahnen ein Beispiel für Investitionsprogramme, die über die Steuerfinanzierung und Verbrauchskostensteigerung die Reallöhne drastisch verringern. Das Bild wird abgerundet durch die Preisgabe der aufwendig subventionierten deutschen und europäischen Solarindustrie zugunsten unbelasteter Exportbeziehungen mit China.

<sup>93</sup> Ausdrücklich wurden schon 1980 die Ermittlungen von Defizitbereichen öffentlicher Leistungen und die möglichen Wirkungen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in diesem Bereich auf den Arbeitsmarkt untersucht. Vgl. Spitznagel, Eugen: Globale und strukturelle Auswirkungen von Allgemeinmaßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM). In: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Hrsg.: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 1980, S. 153-162

schließlich wohnbevölkerungsbezogene Gesundheitsinfrastruktur nicht mehr gewährleistet. Nachfolgend werden die Rahmenbedingungen hierzu wiedergegeben.

### 5.1. Wirtschaftswachstum durch Sozialsicherung und Daseinsvorsorge

Während die deutsche Politik unter dem Begriff „Wachstum“ nur eine andere Form der Gewinnsteigerung für die Unternehmen, nämlich Neben-Lohnsenkungen durch Strukturreformen versteht, gibt es auch in Deutschland eine ernsthafte Diskussion darüber, inwieweit Sozialsicherung und Daseinsvorsorge, ja der Wohlfahrtsstaat schlechthin keineswegs eine Barriere für Wirtschaftswachstum sondern eine Bedingung für Wirtschaftswachstum unter den Bedingungen von „Globalisierung“, d.h. internationalem Wettbewerb ist. Wachstum wird dabei hoffnungsvoll als Zunahme der Wertschöpfung durch Produktivitätssteigerung als Voraussetzung für wachsende Arbeitnehmerinkommen und Unternehmenseinkommen verstanden.<sup>94</sup>

### 5.2. Handel mit Arbeitszeit bedingt Sozialkosten

In gewinnorientierten Warengesellschaften ist das „Soziale“ unbestimmt<sup>95</sup>, es ist eine Resultante, eine Restgröße die sich aus der politisch-staatlichen, später rechtlichen Bewältigung der Folgen des Handels mit Arbeitszeit auf dem Arbeitsmarkt ergibt. Die Faktorkosten des Arbeitsangebotes auf dem Arbeitsmarkt bestimmen sich nach dem jeweiligen Aufwand, der für die gesellschaftlichen Gesamtumstände der Arbeitsanbieter, für deren und ihrer Angehörigen Unterhalt, Betreuung, Ausbildung, Gesunderhaltung etc. von den Erbringern und Lieferanten solcher Leistungen gefordert wird.

Nachdem in gewinnorientierten Warengesellschaft der Ankauf von Arbeitszeit stets auch unter der Prämisse erfolgt, dass diese weniger Kosten verursacht als sie Nutzen schafft, sind Nachfrageausfall, Unterbrechungen und Abweichungen des Arbeitsmarktes und der dort erzielbaren Lohnpreise per Definition vorgesehen. Diese Nachfrageausfälle, Unterbrechungen und Abweichungen werden in wachsender Breite, Tiefe und Zeitdauer als „Soziale Frage“ gestellt und durch Sozialstaat, Sozialpolitik und Sozialrecht beantwortet – durch eine „bewusste gesellschaftliche Veranstaltung zur individuellen und kollektiven Reproduktion der Ware Arbeitskraft“<sup>96</sup>. Unter den Bedingungen der Globalisierung gibt es richtigerweise mittlerweile längst

<sup>94</sup> Goeschel, Albrecht: Globales Wirtschaftswachstum durch Gesundheitsversorgung und Sozialsicherung: Die Zukunftsmärkte liegen dort wo heute noch die Sparpolitik überwiegt. In: Sozialverband VdK-Bayern (Hrsg.): Weltmarkt für Sozialsicherung und Gesundheitsversorgung, München 1998, S. 19 – 26; Hauser, Richard: Zum Problem der staatlichen Produktion von Verlässlichkeit bei langen Zeiträumen – zu Möglichkeiten und Grenzen der Gewährleistung sozialer Sicherheit bei schwachem Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum. In: Rolf et al.: (Hrsg.): Sozialvertrag und Sicherung, Frankfurt a. Main 1988, S. 147 – 194; Hensen, Hartmut: Die Finanzen der Sozialen Sicherung im Kreislauf der Wirtschaft, Kiel 1955; Pilz; Frank: Die Investitionslenkung im Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1983; Prognos AG: Soziale Dienstleistungen als Träger potentiellen Wachstums und ihr Beitrag zum Abbau längerfristiger Arbeitslosigkeit. Hrsg.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1981; Rieger, Elmar; Leibfried, Stephan: Die Sozialpolitischen Grenzen der Globalisierung. In: Politische Vierteljahresschrift 4/1997, S. 771 – 796; Sinn, Hans-Werner: Gedanken zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des Versicherungswesens. In: Zeitschrift für die gesamte Versicherungs-wissenschaft, 1/1988, S. 1 – 28 und Stuwe, Jochen: Wachstum durch Sozialpolitik – wie Sozialpolitik Wachstum und Wohlfahrt fördert, Köln 1989

<sup>95</sup> Neubauer, Werner: Was ist das „Soziale“ an „Sozialen Leistungen“? In: Schenke, Klaus; Schmähel, Winfried (Hrsg.): Alterssicherung als Aufgabe für Wissenschaft und Politik: Helmut Meinhold zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1980, S. 95 – 121, bes. S. 96

<sup>96</sup> Mückenberger, Ulrich: Thesen zu Funktionen und Entwicklung des Sozialrechts. In: Kritische Justiz, 4-1974, S. 341 – 358, bes. 345

auch eine „Internationale Sozialpolitik“<sup>97</sup>. Ob die Bereitstellung von Sozialeinkommen einschließlich sozialstaatlicher Daseinsvorsorgeleistungen dann vorrangig über Sozialversicherungsinstitutionen oder Sozialstaatsinstitutionen, finanziert aus Beitragsabgaben auf Lohneinkommen oder Steuerabgaben auf Erwerbseinkommen und äquivalent zum Lohneinkommen oder adäquat zu Versorgungsmaßstäben erfolgt ist bei der Frage nach den Sozialinvestitionen nachrangig: Entscheidend ist, dass Lebensunterhalt für die verschiedensten Lebenslagen und Lebensbedürfnisse auch außerhalb des Handels mit Arbeitszeit zur Verfügung gestellt wird.

### 5.3. Produktive und investive Wirkungen von Sozialtransfers

Soweit es die Frage sozialer Investitionen betrifft, stellt sich diese zweifach: Einmal stellt sich die Frage danach, ob und inwieweit Sozialtransfers, also Monetär- oder Realtransfers außerhalb des Marktes aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ausschließlich als staatlicher oder privater Konsum im Verwendungskonto des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufes zu betrachten sind oder ob und inwieweit sie auch als Investition auf diesem Verwendungskonto zu beachten sind und damit dann auf das Entstehungskonto der Wertschöpfung positiv zurückwirken.

Ganz im Unterschied zu der in den letzten Jahrzehnten in Deutschland vorherrschenden Behauptung, Sozialtransfers seien lediglich beitrags- oder steuerfinanzierte Umverteilungen von Wertschöpfung in öffentlichen oder privaten Konsum anstatt in unternehmerische Investition sieht eine anspruchsvolle Ökonomie in Sozialtransfers, d.h. in Sozialsicherung in allererster Linie einen Faktor für die Forcierung der Wertschöpfung, d.h. als öffentliche Investition. Entscheidend ist dabei die Tatsache, dass die durch Sozialversicherungen oder Sozialstaatseinrichtungen garantierte Reduzierung von Unsicherheit gerade auch die Anbieter von Arbeitszeit auf dem Arbeitsmarkt zu größerem Wagnis, zu größerer Risikobereitschaft etwa beim Bildungsaufwand, beim Stellenwettbewerb, etc. befähigt.<sup>98</sup> Sozialsicherung vermindert Armut also durch Produktivitätssteigerung, nicht durch Mildtätigkeit.<sup>99</sup>

Neben dieser historisch gewachsenen expansive Wirkung der ehemals tatsächlich aus der unmittelbaren Armutsbewältigung und Arbeitslosigkeitsbewältigung entstandenen Sozialsicherung auf den wirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess gilt vor allem für die Jahrzehnte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und damit des Neubeginns des vor dem Ersten Weltkrieg beendeten freien weltweiten Handels mit Realgütern und –leistungen sowie Kapital- und Finanzdiensten, dass es erst der Ausbau der Wohlfahrtsstaaten mit ihren durchaus unterschiedlichen Ausprägungen war, der die Globalisierung der zurückliegenden Jahrzehnte möglich gemacht hat: Der Schutz der nationalen Arbeitnehmerschaften, die zugleich als Staatsbürger auch Wählerschaften sind, vor der Lohn- und Leistungskonkurrenz der Arbeitnehmerschaften anderer Volkswirtschaften musste nicht mehr durch Protektionismus, d.h. der wirtschaftlichen Abschottung der Staaten bewerkstelligt werden sondern wurde innerstaatlich durch Sozialpolitik und Sozialsicherung erreicht.<sup>100</sup>

<sup>97</sup> So in Gestalt der 1947 gegründeten Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) mit Sitz in Genf.

<sup>98</sup> In lohnbezogen-beitragsfinanzierten Sozialversicherungssystemen wird zudem das Teilnahmeinteresse an Erwerbsarbeit gesteigert, da nur hierdurch Ansprüche auf Lohnnachzahlungen, d.h. Renten erworben werden.

<sup>99</sup> Hauser, Richard: A.a.O., S. 148 ff. und Sinn, Hans-Werner: A.a.O. S. 19

<sup>100</sup> Rieger, Elmar; Leibfried, Stephan: A.a.O.

In der anspruchsvolleren Literatur wird noch ein weiterer investiver Effekt der Sozialsicherung hervorgehoben: Wegen der einerseits mittlerweile zu einem enormen Volumen angewachsenen Sozialtransferbudgets<sup>101</sup> und deren Wirkungsweise als gerade in Expansionsphasen verstärkt abschöpfende Systeme und in Kontraktionsphasen zunächst ungeschmälert zuführende Systeme wirken die Sozialbudgets als „eingebaute Stabilisatoren“ für die Konjunkturglättung.<sup>102</sup> Ganz wesentlich sind aber auch die Sozialtransfers, soweit sie als Realtransfers, d.h. soziale, medizinische etc. Sachleistungen gewährt werden ein volkswirtschaftlicher Wertschöpfungssektor geworden der wie etwa die Umweltwirtschaft vormals nichtbeachtete, nichtberechnete und nichtbezahlte soziale und ökologische Schadfolgen der Wirtschaft nun zu einem eigenen Wachstumsfaktor, d.h. Feld für Kapitalanlage und Gewinnerzielung gemacht hat.<sup>103</sup>

Auch hier hat die vorherrschende Meinung gerade in der sogenannten „Gesundheitsökonomie“ die investiven Elemente in den Zahlungsregelungen bspw. der deutschen Gesetzlichen Krankenversicherung und die offenkundigen und erheblichen regionalwirtschaftlichen Wachstumseffekte der Gesundheitswirtschaft<sup>104</sup> zunächst vehement bestritten. Insbesondere wurden die investiven Wirkungen der Zahlungsgarantien der Krankenkassen für die Erbringer der Gesundheitsleistungen<sup>105</sup> zunächst bestritten und dann auch noch die hohen Selbstfinanzierungseffekte<sup>106</sup> geleugnet.

Von besonderer Bedeutung ist bei allen sozialen Realtransfers, insbesondere der Gesundheitswirtschaft und Pflegewirtschaft deren hohe Regionalinzidenz auf Grund ihrer Eigenschaft als nahversorgende Dienstleistungen.<sup>107</sup> Sozialtransfers insbesondere Realtransfers der Gesundheits- und Pflegewirtschaft haben i.d.R. hohe Wirkung für den Zufluss von Sozialfinanzen in die Empfängerregion und dort eine erhöhte Wertschöpfung durch Dienstleistungen, erhöhte Investitionen, Beschäftigungsentgelte, Abgaben und Erträge zur Folge. Sie sind damit ein wesentlicher Faktor auch der interregionalen Finanzströme und ein starkes Element des gesamten Finanzausgleichssystems.<sup>108</sup>

<sup>101</sup> Groth, Klaus-Martin: Die Krise der Sozialversicherungen. In: Kritische Justiz, 1-1977, S. 1-10 und Hensen, Hartmut: A.a.O., S. 9 ff.

<sup>102</sup> Meinhard et al.: Konjunktur und Rentenversicherung – gegenseitige Abhängigkeiten und mögliche Veränderungen durch diskretionäre Maßnahmen. Hrsg.: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, IMK-Studies, Düsseldorf 3-2009

<sup>103</sup> Leipert, Christian: Sozialkosten in der Industriegesellschaft. In: Opielka, M. (Hrsg.): Die ökosoziale Frage, Frankfurt am Main 1985, S. 1 - 16

<sup>104</sup> Goeschel, Albrecht: Die Bedeutung des Gesundheitswesens und der Krankenversicherung für die Regionalwirtschaft. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn 3/4-1985, S. 195-210 und Sachverständigenrat für die Konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen (Hrsg.): Gesundheitswesen in Deutschland – Kostenfaktor und Zukunftsbranche, Bd. I. und II., Baden-Baden 1996/1997

<sup>105</sup> Goeschel, Albrecht: A.a.O., S. 197 ff.

<sup>106</sup> Goeschel, Albrecht: Regionale Entwicklungsstrategien der Sozialen Sicherung. In: AOK-Bundesverband (Hrsg.): Arbeitspolitik und Soziale Sicherung, Bonn, September 1986, S. 53-72, bes. S. 70 ff.

<sup>107</sup> Goeschel, Albrecht: Krankenkassen, Kommunalkörperschaften und Regionalwirtschaft. In: Die Ortskrankenkasse, Bonn 1-1985, S. 12 – 19

<sup>108</sup> Blum, Ulrich: The regional incidence of the social pension insurance budget in the federal republic of Germany. Hrsg.: Universität Karlsruhe, Discussionpaper 5-1984; Goeschel, Albrecht: Sozialtransfers als Faktoren des Ausgleichs oder der Verstärkung regionaler Disparitäten. In: Goeschel, Albrecht; Harms, Jens (Hrsg.): Raumordnung und Sozialpolitik, Frankfurt am Main 1988, S. 29-53; Koller, Martin: Heimlicher Finanzausgleich über die Sozialsicherungssysteme: Ein Gesichtspunkt der Regionalisierungsdebatte. In: Sozialverband VdK Bayern (Hrsg.): Mit weniger Kassen zu besseren Leistungen?, München Februar 2003, S. 103 – 120; Lindner, Peter: Die Bedeutung der Gesetzlichen Krankenkassen (RVO) in regionaler Sicht I. und II. In: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Stuttgart 4-1986, S. 144-153 und 6-1986, S. 10-25; Schnitzlein, Daniel; Bruckmeier, Kerstin: Ausgleichspolitische Bedeutung der Sozialversicherungssysteme. Hrsg.: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg



#### **5.4. Soziale Investitionsprogramme: Steigerung der Produktivität und Ausweitung der Dienstleistungen**

Das Dilemma der aus politisch-ökonomischen Gründen über kurz oder lang immer wieder notwendigen Produktivitätssteigerung nicht nur durch Technischen Fortschritt sondern auch durch Sozialen Fortschritt, nämlich der damit verbundenen Anhebung der Reallöhne bei gleichzeitig globalisierungsbedingt steigender internationaler Lohnkonkurrenz führt, wenn Abgabenerhöhungen auf die Wertschöpfung und die Vermögen politisch ausscheiden, zu steigender Staatsverschuldung oder Arbeitslosigkeit. Typische Erscheinungen sind daher Regionen mit erhöhter Produktivität, hohen Löhnen und gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit wegen fehlender Zukunftsausrichtung, d.h. Konkurrenzfähigkeit der gesteigerten Produktivität.<sup>109</sup> Soziale Innovations- und Investitionsprogramme bieten hier die Chance, dass sie die gesamtwirtschaftliche Produktivität verbessern<sup>110</sup> und regionalwirtschaftlich für kompensierende Beschäftigungszunahme bspw. in der Gesundheits- und Pflegewirtschaft sorgen.<sup>111</sup> In der aktuellen Krise des Euro und der EU treten mittlerweile die großräumigen Disparitäten zwischen Zentrum und Peripherien bei Armutsgefährdung und Arbeitslosigkeit scharf hervor. Dabei liegt die Produktivität in den Peripherien des Südens durchaus nicht in den untersten Bereichen. Schwach entwickelt ist allerdings der Innovationswert, gemessen in FuE-Potential.<sup>112</sup>

Soziale Investitionsprogramme sollten daher stets versuchen, Produktivitätssteigerung und Beschäftigungsförderung zu verbinden.

#### **5.5. Gesundheitsinfrastruktur für den Straßengüterverkehr: Beispiel für Soziale Investitionsprogramme in der EU**

##### **5.5.1. Soziale Kosten der Gewinnsteigerung durch räumliche Arbeitsteilung und Güterverkehrssteigerung**

Im Kern ist die Europäische Union noch immer vor allem eine Wirtschaftsunion und teilweise eine Währungsunion. Die Freizügigkeit des Kapital-, Güter- und Dienstesowie Personenaustauschs innerhalb der Europäischen Union als deren Daseinsgrund beinhaltet essentiell eine Steigerung der Transportaktivitäten. Das mit dem europäischen Einigungsprozess stetig gestiegene Transportaufkommen, insbesondere das Transportaufkommen im Straßengüterverkehr ist damit notwendiges Resultat

---

August 2008 und Zimmermann, Horst: öffentliche Finanzströme und regionalpolitische Fördergebiete. Hrsg.: Gesellschaft für regionale Strukturentwicklung, Bonn 1981 und ders.: Regionale Inzidenz öffentlicher Finanzströme, Baden-Baden 1981

<sup>109</sup> Hagelüken, Alexander: Wie Phoenix aus der Krise. In: Süddeutsche Zeitung 14./15.2011; Läßle, Dieter: Trendbruch in der Raumentwicklung – auf dem Weg zu einem neuen industriellen Entwicklungstyp. In: Informationen zur Raumentwicklung Bonn 11/12-1986, S. 909-920; Manz, Ulrich L.: Das Immunsystem versagt. In: Die Zeit, 10.03.1995 und Zimmermann, Hans: Zum Beitrag des öffentlichen Sektors zur Entwicklung der Produktivität der Wirtschaft. Hrsg.: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Discussionpaper 2-1984, Berlin 1984

<sup>110</sup> Meyer-Krahmer, Frieder: Innovation als Beitrag zur Lösung von Beschäftigungsproblemen? In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Stuttgart 4-1999, S. 402 – 415 und Strubelt, Wendelin: Über Disparitäten. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn 1/2-1997, S. 1-9, bes. 4 ff.

<sup>111</sup> Verhofstadt, Güy: Wir brauchen ein Solidarsystem. In: Süddeutsche Zeitung, 04.02.2011

<sup>112</sup> Tivig, Tusnelda; Kühntopf, Stephan: Demographic Risk Atlas. Hrsg.: ecosense-Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V. Berlin und Rostock Center for the study of Demographic Change, Essen 2009, S. 322

tat der Vollendung eines europäischen Binnenmarktes.<sup>113</sup> Dies zeigt sich umgekehrt in dem dramatischen Einbruch der Verkehrsmengen und –leistungen im Straßengüterverkehr im Zusammenhang der aktuellen Rezession.<sup>114</sup> (Übersicht 5)

Dabei wird die Ausweitung des innereuropäischen Transportvolumens nicht nur durch die räumliche Vergrößerung und Erweiterung des Marktes, d.h. die Erhöhung der Entfernungen zwischen Anbietern und Nachfragern bzw. Herstellern und Abnehmern angetrieben. Mindestens ebenso bedeutend sind die mit der freien Standortwahl für Betriebsstätten verbundenen Möglichkeiten der räumlichen Arbeitsteilung, d.h. Streuung von Produktionsstätten je nach den günstigsten Arbeitsmarktbedingungen, d.h. Lohnkosten. Gesteigert wird die Ausweitung des innereuropäischen Transportvolumens auch noch einmal durch die Strategie der Minimierung „toter Kosten“ wie bspw. Lagerhaltung durch Verlagerung auf die Straße.<sup>115</sup>

Eine dritte Dimension für die exponentielle Steigerung des innereuropäischen Transportaufkommens insbesondere im Straßengüterverkehr ist die vor allem in Deutschland, aber auch bspw. in Italien erfolgte Verlagerung der Transportprozesse von der Schiene auf die Straße, Verbunden damit war eine strukturelle Privatisierung der Transportwirtschaft, da Transportleistungen auf Straßen und Fernstraßen weit überwiegend durch private Unternehmen erbracht werden, während Transportleistungen auf den Schienenwegen noch immer überwiegend durch öffentliche oder quasi-öffentliche Unternehmen erbracht werden.<sup>116</sup>

Damit verbunden sind unterschiedliche tarif- und lohnpolitische Voraussetzungen für die Ausbreitung von Niedriglohnarbeit im Transportbereich. Insbesondere in Deutschland waren die Löhne im öffentlichen Transportsektor wie in der öffentlichen Wirtschaft überhaupt im oberen Tarifbereich angesiedelt, sie galten als „Lohnanker“. Zwar sind mittlerweile durch die Privatisierung der Benutzung der öffentlichen Schienenwege auch hier bei zahlreichen Privatbahnen Niedriglöhne feststellbar. Dies hat aber keinesfalls das Ausmaß erreicht wie im Straßengüterverkehr: Hier hat sich durch das Zusammentreffen von Kleinunternehmensstrukturen bei den Frachtunternehmen und Unterbietungskonkurrenz durch Frachtunternehmen aus Mittel- und Osteuropa ein weiter wachsender Niedriglohnbereich in der Fahrarbeit entwickelt. Nachdem der Bereich Transport und Verkehr zu den beschäftigungsintensivsten Wirtschaftszweigen zählt, hat die dortige Privatisierungs-, Beschäftigungs- und Lohnentwicklung erheblichen Einfluss auf die Beschäftigungs- und Lohnentwicklung in der Gesamtwirtschaft.<sup>117</sup>

<sup>113</sup> Bundesamt für Güterverkehr (Hrsg.): Strukturwandel im Güterkraftverkehrsgewerbe, Sonderbericht, Köln Februar 2005, Internetversion

<sup>114</sup> Bundesamt für Güterverkehr (Hrsg.): Marktbeobachtung Güterverkehr – Jahresbericht 2009, Köln 2012

<sup>115</sup> Läßle, Dieter: Trendbruch in der Raumentwicklung – auf dem Weg zu einem neuen industriellen Entwicklungstyp. In: Informationen zur Raumentwicklung, Hrsg.: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn 11/12 – 1986, S. 909 – 919, bes. S. 915 ff. und Plehwe, Dieter (Hrsg.): Transformation der Logistik, Discussion Paper FS I 98 – 103. Hrsg.: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1998

<sup>116</sup> Karl, Astrid: Begrenzter Wettbewerb: Der öffentliche Verkehr ist bis heute staatlich dominiert. In: WZB-Mitteilungen. Hrsg. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin, September 2008, S. 37 – 39; Busch, Berthold: Güterverkehr im Strukturwandel In: IW-Trends. Hrsg. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, 3-1989, S. A19 – A31

<sup>117</sup> Bundesamt für Güterverkehr (Hrsg.): Zwei Jahre EU-Osterweiterung – Auswirkungen auf das deutsche Güterverkehrsgewerbe. Sonderbericht, Köln, April 2006, Internetversion

## Übersicht 5:

### Reaktion des deutschen Straßengüterverkehrs auf die Weltwirtschaftskrise 2009

Güterabteilungen	Jahre	2008	2009	2009 ./ 2008
	Mio.t	Mio.t	Prozent	
Steine und Erden einschl. Baustoffe	1.356,9	1.222,8	- 9,9	
Fahrzeuge, Maschinen, sonstige Halb- und Fertigwaren, besondere Transportgüter	525,2	448,4	- 14,4	
Andere Nahrungs- und Futtermittel	342,3	340,8	- 0,4	
Chemische Erzeugnisse	268,4	242,0	- 9,8	
Land- und Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	185,0	169,9	- 8,2	
Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase	125,5	116,7	- 7,0	
Eisen, Stahl- und NE-Metalle einschl. Halbzeug	98,3	68,5	- 30,4	
Erze und Metallabfälle	39,0	30,2	- 22,6	
Düngemittel	27,3	26,9	- 1,3	
Feste Mineralische Brennstoffe	14,0	12,2	- 12,9	
Leergut	96,0	89,4	- 6,8	
<b>Alle Güterabteilungen</b>	<b>3.007,8</b>	<b>2.768,7</b>	<b>- 10,0</b>	

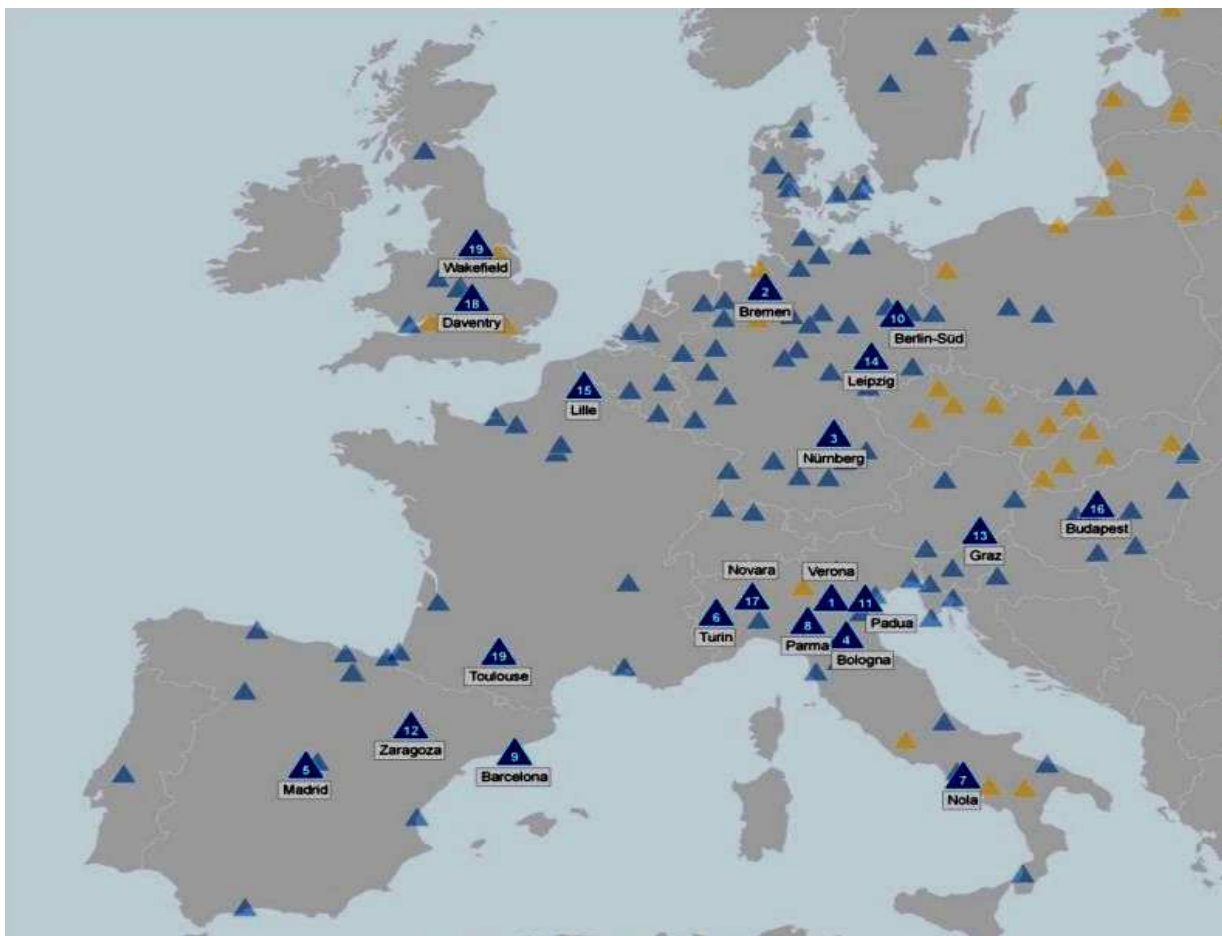
Nur deutsche Lastkraftfahrzeuge auch im Ausland  
Quelle: Bundesamt für Güterverkehr (Hrsg.): Marktbeobachtung Güterverkehr – Jahresbericht 2009, Köln Mai 2010, S. 9

Von der sogenannten „Verladenden Wirtschaft“, etwa den Exportkonzernen der Automobilindustrie, werden neben der gewinnmaximierenden Standortstreuung der eigenen Produktion und Preisdruck auf die mittelständische Zulieferindustrie vor allem auch Preisdruck auf die mittelständische Abhol- und Zubringwirtschaft, d.h. die Unternehmen des Straßengüterverkehrs ausgeübt. Neben den eigenen Randbelegschaften wie bspw. den Leiharbeitern nutzen die Exportkonzerne auch die Niedriglohnbelegschaften der Zulieferindustrie und vor allem des Transportgewerbes als „heimliche“ Randbelegschaften. Die damit erreichten zusätzlichen Preis-, d.h. Wettbewerbsvorteile auf den europäischen und internationalen Märkten zeigen, dass das Transportgewerbe nicht nur technisch-organisatorisch, sondern auch ökonomisch, insbesondere arbeitsökonomisch eine Kernkomponente des exzessiv auf Exportgewinne ausgerichteten Geschäftsmodells Deutschland ist.

Die starke Einbindung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften der EU gerade in die Transportprozesse verdeutlicht die Rolle dieser Länder als Reserveräume und Niedriglohnreservate der dominierenden Exportwirtschaft in Deutschland. Mit dem auch mittels rigorosen Spardiktats der deutschen Bundesregierung forcierten Wirtschaftseinbruch in den südlichen Ländern der EU kann davon ausgegangen werden, dass nun zu den mittel- und osteuropäischen Niedriglohntransportangeboten verstärkt ein südeuropäisches Niedriglohntransportangebot hinzu kommen wird.<sup>118</sup> Dieser Kostensenkungsmöglichkeit kann sich der hochgradig konjunktursensible Logistiksektor nicht entziehen.

Soweit es die vorrangigen Aufgabenfelder einer zukünftigen europäischen Sozialunion betrifft, stellt der Transport und Logistiksektor nicht nur wegen seiner essentiellen Raumerstreckung und Raumvernetzung sondern auch wegen der beschriebenen Gewinnsteigerungswirkung durch mehrfache räumliche Arbeitsteilung ein solches vorrangiges Aufgabenfeld dar.<sup>119</sup> (Karte 1)

**Karte 1:  
Die zwanzig bedeutendsten Logistik-Zentren  
in  
Europa**



Quelle: DGG-Deutsche GVZ Gesellschaft mbH

<sup>118</sup> Bundesamt für Güterverkehr (Hrsg.): Auswirkungen der EU-Osterweiterung, Sonderbereich Köln, Dezember 2004, Internetversion

<sup>119</sup> Plehwe, Dieter (Hrsg.): Transformation der Logistik. Diskussionspapier (Hrsg.): Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin August 1998

### 5.5.2. Besonderheiten und Gesundheitsbedingungen der Fahrarbeit in der EU

Augenfällige Besonderheit der Fahrarbeit ist ihre Allgegenwärtigkeit im Alltag, erfahrbar bei der Teilnahme am Straßenverkehr, beim Einkauf im Supermarkt oder beim Discounter, während der Arbeit in Branchen bzw. Betriebsstätten mit Werksverkehr, beim Empfang von Lieferungen an die Wohnung und nicht zuletzt durch die Lärmmissionen in den Wohnbereich. Auffällig ist dabei zugleich, dass die Fahrarbeit anders als die sonstigen allgemein sichtbaren Arbeiten wie Straßen- und Bauarbeiten, Einzelhandelsverkaufstätigkeiten etc. nicht wahrgenommen und nicht erörtert wird. Es ist typisch, dass sowohl die Gewerkschaftsseite wie die Unternehmerseite der Transportbranche eine fehlende Wertschätzung und ein ungünstiges Image speziell der Fahrarbeit bemängeln.

Eine der Ursachen für diese Geringschätzung der Transport- und Güterverkehrsarbeit, insbesondere der Fahrarbeit sind die bislang vorherrschenden Qualifikationsmerkmale in diesem Bereich. Der Kraftfahrerberuf war bislang kein Ausbildungs-, sondern ein Anlern- und Umschulungsberuf. Das Überspielen von Verkehrsordnungsregeln und Fahrergesundheit war bislang integraler Bestandteil der Wertschöpfung im Straßengüterverkehr und damit auch ein Bestandteil der Arbeitsanforderungen und der erwarteten Arbeitseinstellung. Daraus ergibt sich in Verbindung mit der branchen- und produktionsökonomischen Handlangerrolle und gewerkschaftlichen Organisationsschwäche gerade des Straßengüterverkehrs ein arbeits- und alltagskultureller Abstand zu anderen Berufsgruppen und den übrigen Verkehrsteilnehmern.

Die Arbeitsplätze und die Arbeitsaufgaben im Straßengüterverkehr selbst sind hochmobil, singularisiert und flexibel. Zusätzlich zur EU-Osterweiterung und dem damit ausgelösten Lohndruck ist von einer nochmaligen Erhöhung des Lohndrucks durch die EU-Südkrise auszugehen. Die steigenden Kraftstoffpreise werden dies noch dramatisieren. Allerdings gibt es auch längerfristige Trends und Tendenzen, die bessere Rahmenbedingungen für die Fahrarbeit bedeuten können: Die weiter steigende Werthaltigkeit des Transportaufkommens, die demografisch bedingte Alterung der Fahrerschaften und die Ausweitung und Vertiefung der für den Straßengüterverkehr relevanten Regelungen stellen neue und andere Anforderungen an die Fahrarbeit im Straßengüterverkehr. Der Kraftfahrerberuf wird zunehmend zu einem Ausbildungsberuf werden. An die Stelle von „Risikotoleranz“ wird vorrangig „Professionalität“ als Qualifikationskern treten.<sup>120</sup> Die arbeits- und berufsspezifische Selbstwahrnehmung und Verhaltensausrichtung der Berufskraftfahrer im Straßengüterfernverkehr wird sich vom Autobahn-Heroen zum Transport- und Logistik-Piloten wandeln – nicht zuletzt durch die technologische Aufrüstung der Fahrerinnenkabinen und die technologische Vernetzung der Fahrzeuge.

Für die Unternehmen selbst ist angesichts der Umbrüche in den Transportaufgaben und Transportverbindungen, der Zunahme der Werthaltigkeit der Transportgüter und der Verknappung qualifizierter Fahrerschaften eine Verbesserung, Erhaltung und Verlängerung der Arbeitsfähigkeit der Fahrerschaften eine zentrale personalwirtschaftliche Notwendigkeit. Arbeitseinsätze trotz Gesundheitsbeeinträchtigung, hohe Krankenstände und steigende Frühverrentungen bedeuten nicht nur aktuelle Risiken sondern eine Erosionsgefahr für die Wertschöpfungsbasis der gesamten Branche.

<sup>120</sup> Bundesamt für Güterverkehr (Hrsg.): Sonderbericht über die aktuelle Fahrpersonalsituation im deutschen Güterverkehrsgewerbe, Köln 2007, Internetversion

„Kraftfahrergesundheit“ ist daher ein Schlüsselthema mit dem sich eine Steigerung der Professionalität der Fahrerarbeit und auch eine Sicherung der Produktivität der Transport- und Logistikbranche vorantreiben lässt. Beachtung gesundheitlicher Belange, sorgfältiger Umgang mit dem eigenen Arbeitsvermögen bei den Fahrern ist Kernelement von „Professionalität“. Beachtung gesundheitlicher Belange, verschleißmindernde Gestaltung der Fahraufgaben im Straßengüterfernverkehr ist Kernelement von Logistik selbst.

Wiewohl die Berufskraftfahrer unter den männlichen Erwerbstätigen eine der zahlenstärksten Berufsgruppen darstellen, haben ihre spezifischen Belange im Hinblick auf Gesundheitsbedarf und Gesundheitsversorgung auch in der gesundheitspolitischen Diskussion bislang keinerlei Beachtung oder Aufmerksamkeit gefunden. Bei Krankenstand, Langzeiterkrankungen und Arbeitsunfälleaufkommen liegen die Beschäftigten im Bereich Transport und Verkehr weit vor bspw. den Beschäftigten im Bereich Banken und Versicherungen. Ebenso bleibt das subjektive Arbeitsbefinden der Beschäftigten im Verkehrsbereich deutlich hinter demjenigen etwa der Büroberufe zurück. (Übersichten 6 und 7)

Gleichzeitig bedingen die spezifischen Zeitstrukturen der Fahrerarbeit im Straßengütergüterfernverkehr eine erhebliche Reduzierung der Möglichkeit, die Berufe und Einrichtungen der Gesundheitsversorgung insbesondere für Zwecke der Prävention in Anspruch zu nehmen. Nur die vergleichsweise kurzen Zuhausezeiten stehen hierfür zur Verfügung. Typisch nicht für Zwecke der Gesundheitsversorgung stehen die Fahrerarbeiten zur Verfügung. Die vergleichsweise langen Ruhezeiten sind durch die meist weite räumliche Entfernung zwischen Ruheplätzen und Heimatorten, d.h. der wohnortnahen Gesundheitsversorgung gekennzeichnet.

Besondere Beachtung verdient die gut erforschte epidemiologische Tatsache, dass die Ehefrauen oder Lebenspartnerinnen für die Gesundheit ihrer Ehemänner oder Lebenspartner von hoher protektiver Bedeutung sind. Die mit der Fernfahrerarbeit verbundene häufige, teilweise längerwährende Trennung der Fahrer von ihren Familien ist ein wichtiger berufs- und arbeitsspezifischer Risikofaktor.

Faktisch sind durch diese Gegebenheiten hunderttausende von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Straßengüterverkehr zwar zur Beitragszahlung an die Krankenkassen verpflichtet, aber von Leistungen der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen.

### **5.5.3. Anforderungen an eine Gesundheitsinfrastruktur für den Straßengüterverkehr**

Allein schon um die faktische Ausgrenzung eines erheblichen Teils der europäischen Fahrerarbeit aus der Gesundheitsversorgung bei bestehender Steuer – bzw. Beitragszahlungspflicht aufzuheben, ist der Aufbau einer geeigneten Gesundheitsinfrastruktur für den Straßengüterverkehr in der gesamten EU erforderlich. Deutschland als Haupttransitland hat hier eine besondere Verantwortung.

## Übersicht 6:

### Berufskraftfahrer Gesundheitsrisiken und Gesundheitsstörung

#### Risiken

- Rauchen
- Bewegungsmangel
- Übergewicht
- Einseitige Belastung
- Übermüdung
- Kontakt mit giftigen Stoffen
- Unfälle
- Trennung von Ehefrauen/Partnerinnen und Kindern

#### Störungen

- Gelenkschmerzen
- Rückenschmerzen
- Schlafstörungen
- Bluthochdruck
- Allergien
- Kopfschmerzen
- Depressionen<sup>\*)</sup>
- Erektile Dysfunktion
- Unfall- oder Mobbingtrauma

<sup>\*)</sup> Häufig nicht diagnostiziert

### Arbeitsunfähigkeitsursachen bei Berufskraftfahrern<sup>\*)</sup>

- Krankheiten der Muskeln und des Skeletts
- Verletzungen
- Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems
- Krankheiten der Atmungsorgane
- Seelische Erkrankungen
- Krankheiten des Verdauungssystems

<sup>\*)</sup> Deutschland, nach Häufigkeit

**Übersicht 7:**  
**Krankenstand bei Kraftfahrzeugführern**  
**im**  
**Bereich Verkehr/Transport**  
**in Deutschland**  
**1999 und 2006**

Jahre	Arbeitsunfähigkeitstage Je 100 erwerbstätige AOK- Mitglieder	
	1999	2006
<b>Berufsgruppe</b>		
<b>Kraftfahrzeugführer im Bereich Verkehr/Transport</b>	1800	1757
Zum Vergleich:		
<b>Bankfachleute im Bereich Banken und Versicherung</b>	977	937

Quelle: Badura et al.: Fehlzeiten-Report 2000, Berlin-Heidelberg 2001, S. 325 und S. 503 sowie ders.: Fehlzeiten-Report 2007, Heidelberg 2008, S. 321 und S. 458

**Arbeitsunfälle bei Kraftfahrzeugführern**  
**im**  
**Bereich Verkehr/Transport**  
**in Deutschland**  
**2006**

Arbeitsunfälle	Arbeitsunfähigkeitstage durch Arbeitsunfälle je 1000 erwerbstätige AOK-Mitglieder
<b>Berufsgruppe</b>	
<b>Kraftfahrzeugführer im Bereich Verkehr/Transport</b>	1827
Zum Vergleich:	
<b>Bankfachleute im Bereich Banken/Versicherung</b>	140

Quelle: Badura et al.: Fehlzeiten-Report 2007, Heidelberg 2008, S. 324 und S. 461



Geeignete Gesundheitsangebote für Berufskraftfahrer, insbesondere Fahrer im Straßengüterfernverkehr sollen daher integrativ ausgelegt sein: Sie sollen die möglichen „Zeitfenster“ in der Fahrarbeit nutzen und sie sollen ausreichenden „Familienbezug“ aufweisen. Ein auf das Morbiditätsprofil der Berufskraftfahrer abgestimmtes integriertes Angebot von Prävention, Akutversorgung und Rehabilitation ist Voraussetzung für eine verbesserte Gesundheitsversorgung dieser Berufsgruppe.

Dabei besteht weniger ein Mangel an spezifischen Untersuchungen und Darstellungen zur Morbidität der Berufskraftfahrer und auch nicht an spezifischen Überlegungen und Entwicklungen einzelner Vorsorge-, Untersuchungs-, Behandlungs- und Nachbehandlungsangebote. Mangel besteht vielmehr hinsichtlich eines qualifizierten Versorgungssystems für diese Berufsgruppe.

Nachdem die Fahrarbeit im Straßengüterfernverkehr mit einer grenzüberschreitenden, teilweise europaweiten oder auch EU-überschreitenden Raumüberwindung verbunden ist, bemisst sich die Qualität eines Versorgungssystems für die Berufskraftfahrer im Straßengüterfernverkehr in erster Linie an einem optimalen Standortkonzept. Einerseits muss dieses die spezifische Morbidität der Berufskraftfahrer durch die vorhandenen „Zeitfenster“ angemessen erreichen und dabei auch einen „Familienbezug“ im Auge behalten, andererseits müssen die Standorte eine ausreichende wirtschaftliche Auslastung ermöglichen.

Aus dieser Sicht bietet sich eine Standortkonzeption an, bei der zunächst das Zeitfenster „Zuhausezeit“ genutzt wird, d.h. berufskraftfahrerspezifische Gesundheitsangebote an Standorten mit einem besonders hohen Anteil an Arbeitsplätzen im Bereich Transport und Verkehr, d.h. einer besonderen Häufung von Unternehmen der Transport- und Logistikbranche angeboten werden. Bei einer Orientierung am Zeitfenster „Zuhausezeit“ ist ein Familienbezug erleichtert herstellbar.

Entscheidender ist eine Standortkonzeption, bei der das Zeitfenster „Ruhezeiten“ genutzt wird, d.h. berufskraftfahrerspezifische Gesundheitsangebote an Standorten mit einem besonders hohen Aufkommen an Fahrzeugen des Straßengüterfernverkehrs, bspw. Logistikzentren angeboten werden. Ein Familienbezug ist dabei nur herstellbar, wenn durch die landschaftliche Lage solcher Logistikzentren auch Rehabilitationsangebote bereitgestellt werden können.

Das erforderliche Netzwerk von Standorten der Kraftfahrergesundheit wird zunächst in und um Deutschland wegen dessen Rolle als Haupttransitland für die europäischen Straßengüterverkehrsströme aufgebaut werden müssen. Dabei bietet es sich wegen der gesundheitspolitischen und gesundheitsinfrastrukturellen Situation in Deutschland an, nach der Auswahl und Festlegung geeigneter Standorte für Gesundheitsangebote für Berufskraftfahrer diese Angebote mit und durch Akut-Krankenhäuser und/oder Reha-Kliniken anbieten zu lassen. In den europäischen Nachbarländern müssen länderspezifische Lösungen gefunden werden. In Deutschland gilt für die Krankenhäuser das Leitbild „Gesundheitszentrum“, das auch ambulante, teilstationäre und nachstationäre Angebote in den Bereichen Prävention, Akutmedizin und Rehabilitation vorsieht.

Benötigt wird zuletzt ein Kompetenzzentrum insbesondere für die Entwicklung von spezifischen Gesundheitsangeboten für Berufskraftfahrer, insbesondere Fernfahrer für Beratung, Untersuchung, Vorsorge, Behandlung und Nachsorge wie auch für die Organisation von Standorten spezifischer Gesundheitsangebote für Berufskraftfahrer, insbesondere Fernfahrer.

#### **5.5.4. Wachstumswirkungen eines Investitionsprogramms für die Kraftfahrergesundheit**

Der auf lange Frist wichtigste Wachstumseffekt eines Investitionsprogrammes für die Kraftfahrergesundheit wird in der veränderten Wahrnehmung und im veränderten Umgang der Fahrarbeiter mit ihrem Arbeitsvermögen, d.h. ihrer Gesundheit liegen. Ein sorgsamer und abwägender Umgang mit dem eigenen Arbeitsvermögen ist ein zentrales Merkmal von „Professionalität“. Eben diese Professionalität wird die entscheidende Schlüsselqualifikation in der zukünftigen Fahrarbeit. Billigfahrarbeit steht im Gegensatz zu steigender Werthaltigkeit der Transportgüter und Störanfälligkeit der Logistikketten.

Ein entscheidender ökonomischer Effekt eines europaweiten Investitionsprogramms zum Aufbau einer Gesundheitsinfrastruktur zur Erhaltung und Verbesserung der Kraftfahrergesundheit liegt zunächst darin dass die eklatante Fehlallokation erheblicher Budgetanteile der Gesetzlichen Krankenversicherungen bzw. Nationalen Gesundheitsdienste durch Nicht- oder Unterversorgung der Fahrarbeiter und Überversorgung anderer Versicherten- und Patientengruppen korrigiert wird. Dies wird dadurch bewirkt, dass eine neue Anbieterstruktur, bspw. in Deutschland bevorzugt in Form Integrierter lebenslangspezifischer Versorgung nach § 140 a SGB V konkurrierend neben die bisherigen vorrangig fachgebietemedizinischen sektoralisierten Leistungsangebote tritt und damit Sog auf die Finanzmittel der Gesetzlichen Krankenversicherungen bzw. der Nationalen Gesundheitsdienste ausübt. Die Wirtschaftlichkeit der Gesundheitsversorgung wird durch die Verbesserung ihrer Wirksamkeit erhöht. Es werden letztlich gesamtgesellschaftlich bessere Versorgungsleistungen für den gleichen Mittelaufwand erbracht.

Ein weiter Wachstumseffekt eines europaweiten Investitionsprogramms zum Aufbau einer Gesundheitsinfrastruktur zur Erhaltung und Verbesserung der Kraftfahrergesundheit liegt in der Angleichung der Entlohnung der Fahrarbeit. Insbesondere eine Mitversorgung etwa der Kraftfahrer mittel- und osteuropäischer oder in Zukunft auch südeuropäischer Arbeitgeber durch Zentren für Kraftfahrergesundheit o.ä. in Deutschland erfordert eine zweckgebundene Erhöhung der Transitmauten für nicht-deutsche LKW. Durch eine Zweckbindung der Mauterhöhungen für den Betrieb der Gesundheitsversorgungsinfrastruktur für Kraftfahrer kommt es ökonomisch zu einer Erhöhung der Lohnaufwendungen für die Fahrarbeit gerade in Billiglohnländern. Die damit verbundene Verbesserung der Lohnposition der Fahrarbeit erhöht potentiell die Lohnquote in der Transportbranche und verbessert die Inlandsnachfrage.

Insbesondere in den mittel- und osteuropäischen und südeuropäischen EU-Ländern mit ihrer sehr hohen Arbeitslosenquote werden durch die Infrastruktur zusätzliche Arbeitsplätze und Erwerbseinkommen geschaffen.

#### **5.5.5. Investitionsstandorte für eine Gesundheitsinfrastruktur für den Fernstraßengüterverkehr**

Investitionsstandorte bzw. Versorgungsstandorte für eine Gesundheitsinfrastruktur für den Fernstraßengüterverkehr werden in drei Typen gesucht. (Übersicht 8)

## Übersicht 8:



### 5.5.6. Leistungsbereiche und Arbeitseinheiten von Zentren für Kraftfahrergesundheit

Die Wirksamkeit und damit die Wirtschaftlichkeit auch hinsichtlich Wachstumsförderung einer Gesundheitsinfrastruktur für den Fernstraßengüterverkehr hängt davon ab, dass der Lebenslage- und Arbeitssituation „Fahrarbeit“ Vorrang vor dem Eigengewicht der vorherrschenden „Fachgebietemedizin“ verschafft wird. Letztere soll nur mit ihren sachdienlichen Kriterien und Prozeduren zu Worte kommen und von ersterer muss artikuliert werden, was „Gute(=gesunde) Fahrarbeit“ ist. Dem dient eine Verbindung von Gesundheitsangeboten, Gesundheitsausbildung und Gesundheitsforschung als Leistungsbereiche und Arbeitseinheiten von Zentren für Kraftfahrergesundheit. Dies ist im folgenden Schema dargestellt. (Übersicht 9)

## 6. Marshallpläne und New Deals: Ohne politisch-soziale Bewegung auch ökonomisch illusionär

Die seit Jahren anhaltende Bankenkrise, etikettiert als Eurokrise ist vor allem ein brutaler Enteignungs- und Zerstörungsraubzug des hegemonialen politischen und ökonomischen Machtkartells in Europa. Allerdings hat dieser Raubzug auch einen erkennbaren Lerneffekt in den europäischen Gesellschaften befördert. So ist die alleinige ökonomische Deutungshoheit der neoliberalen Haus-Professoren der europäischen Regierungen und Wirtschaftskreise gebrochen – es gibt einen mittlerweile gefestigten zumindest neokeynesianischen Gegendiskurs.

Auch verfügt die Krisenerklärung aus vorgeblich nationalen, noch schlimmer: national-mentalenen Unterschiedlichkeiten zwischen den europäischen Staaten, Gesellschaften und Bevölkerungen um so weniger Überzeugungskraft, je mehr sich über die europäischen Grenzen hinweg eine neue „globale Klasse“ (Wolfgang Streeck)<sup>122</sup>

<sup>121</sup> Siehe die Übersichtskarte der 20 bedeutendsten Logistikzentren in Europa – S. 27

<sup>122</sup> Wingert, Lutz: Eurokapitalismus ohne Demokratie. In: Süddeutsche Zeitung, 21.5.2013; Jessen, Jens: Finanzkrise: Unterwegs zur Plutokratie. In: Zeit-Online, 3.9.2011

## Übersicht 9:

### Schema:

<b>Zentrum für Kraftfahrergesundheit</b>	
<b>Gesundheitsangebote</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Check up</b></li> <li>• <b>Prävention</b></li> <li>• <b>Akutambulanz</b></li> <li>• <b>Akutstationär*</b></li> <li>• <b>Schlaflabor</b></li> <li>• <b>(Familien-)Rehabilitation</b></li> </ul>
<b>Gesundheitsausbildung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Gesundheitsbezogene Qualifizierung gemäß Berufskraftfahrer-Qualifikations-Verordnung (BKrFQV)</b></li> </ul>
<b>Gesundheitsforschung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Epidemiologische Beobachtung</b></li> <li>• <b>Sozialmedizinische Beobachtung</b></li> <li>• <b>Arbeitsmedizinische Beobachtung</b></li> </ul>

\* Durch kooperierendes Akutkrankenhaus bei entsprechender Indikation

Quelle: Goeschel, Albrecht; Bollmann, Markus: Sadobre-Areal: Europäisches Zentrum für Kraftfahrergesundheit und Kraftfahrerforschung, Marquartstein

mit ihrer „Revolution von oben“<sup>123</sup> als gesamteuropäisches Machtkartell zu erkennen gibt.

Zwei soziale und politische Entwicklungen verdienen dabei Beachtung: Unter dem Druck der offenen Verelendung vor allem in den südlichen EU-Ländern, aber auch als Gegenwehr gegen die Übermacht von Großkonzernen, Bank- und Zentralregierungen haben sich in den letzten Jahren in Europa vielfältige Konzepte der regionalen und autonomen Selbstorganisation entwickelt.<sup>124</sup> (Übersicht 10)

Zudem wurden in einer ganzen Reihe von Ländern Europas die amtierende Regierungen abserviert: Schockwahlen gab es vor allem in Frankreich und Italien. Und zuletzt gab es in zahlreichen Euro-Ländern Massenstreiks<sup>125</sup> und direkte Besetzungs- und Blockadeaktionen in den Finanzhauptstädten<sup>126</sup>. Auf der Ebene der Verbände der Arbeit

<sup>123</sup> Walther, Rudolf: Marktkonforme Mitbestimmung. In: 4.6.2013; Bisky, Jens: Die Goldmänner. In: Süddeutsche Zeitung, 18.4.2012; Zizek, Slavoj: Der autoritäre Kapitalismus ist der Gewinner der Krise. In: Zeit-Online, 25.8.2011

<sup>124</sup> Schoepp, Sebastian: Die neue Bürgerwehr. In: Süddeutsche Zeitung, 2.8.2013

<sup>125</sup> Caceres, Javier; Oldag, Andreas: Streiks gegen Sparpakete angekündigt. In: Süddeutsche Zeitung, 25.5.2010

<sup>126</sup> Koch, Moritz: Massenproteste, Masseverhaftungen: Occupy in USA In: Süddeutsche Zeitung, 4.10.2011, Freiburger, Harald; Beitzer, Hannah: Besetzt Bankfurt. Süddeutsche Zeitung, 15./15.10.2011; Zizek, Slavoj: Aggressives Schweigen. In: Süddeutsche Zeitung, 27.10.2011; Jakobs, Hans-Jürgen: Das treibt die Bürger auf die Bühne. In: Süddeutsche Zeitung, 29.6.2012; Schneider Jens: Aufruhr im Bankenviertel. In: Süddeutsche Zeitung, 31.5.2013

## Übersicht 10:

### Selbstorganisationskonzepte in Europa 2008 – 2013

1. **Referenden zur Regionalautonomie (Katalonien)**
2. **Regionalgeldprojekte (Bristol)**
3. **Privat-Kreditplattform (Auxmoney)**
4. **Grundeinkommenmovement (Basic Income Earth Network – BIEN)**
5. **Regionale Direktversorgung (o topos mono)**
6. **Energiewende-Genossenschaften (Wildpoldsired)**
7. **Kleinbauernnetzwerke (RegionalwertAG)**
8. **Shared Economy (Bambuli)**
9. **Sozialunternehmensfinanzierung (Ashoka)**
10. **Rekommunalisierung (Wasserversorgung Potsdam)**
11. **Migranten-TV (lookout.tv Milano)**
12. **Länderübergreifende Streiksolidarität (Generalstreik Portugal)**

Quelle: Berichterstattung Süddeutsche Zeitung, Nov. 2009 bis August 2013 Auswahl

und des Sozialen und auf der Ebene der Wissenschaft und Forschung<sup>127</sup> gibt es nunmehr einen bislang fehlenden gesamteuropäischen Diskurs – zumindest im Ansatz.<sup>128</sup> Eine zentrale Forderung in diesem Diskurs ist ein „Marshallplan“<sup>129</sup> bzw.

<sup>127</sup> Beispielhaft ist die vor allem von österreichischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern getragene Kampagne in Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich, [www.europa-geht-anders.eu](http://www.europa-geht-anders.eu) zu nennen. Sie wendet sich dezidiert und konzentriert gegen den beabsichtigte EU-Wettbewerbspakt. Zu erwähnen ist auch der Kongress UmFairteilen im Mai 2013. Enttäuschend hingegen ist das lautstarke Schweigen eines Teiles der Gewerkschaften in Deutschland, insbesondere der IG-Metall und IG-Chemie und Bergbau. Diese fühlen sich offenbar als Mitgewinner des regelrechten Raubzuges des deutschen Export- und Finanzkapitals seit der Einführung des Euro. Besonders enttäuschend ist auch das ebenso lautstarke Schweigen der Sozial – und Wohlfahrtsverbände. Dort gehört eine Dauerbe- weinigung der „Armut“ als solcher zwar inzwischen zum Themeninventar, bevorzugt präsentiert in Talk Shows und anderen Quatsch-Runden! Der Verarmungsangriff auf die europäischen Nachbarbevölke- rungen und Nachbarvolkswirtschaften wird aber angestrengt übersehen.

<sup>128</sup> Als einziger Sozialverband hat immerhin der Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen im Herbst 2012 eine Veranstaltung mit namenhaften Ökonomen zur Euro-Krise durchgeführt.

<sup>129</sup> DGB-Bundesvorstand (Hrsg.): Ein Marshallplan für Europa. Berlin, Dezember 2012

„New Deal“<sup>130</sup> für Europa. Diese Forderungen setzen zu ihrer Wirksamkeit und Unschädlichkeit eine ausreichende Besteuerung der Gewinne aus dem durch öffentliche Investitionen generierten Wachstum und vor allem eine Re-Regulierung der Finanzmärkte voraus.<sup>131</sup> Nur dies unterscheidet sie auch grundsätzlich von der bisher geübten Politik einer Gewinnsteigerung durch Lohnmoderation und Exportexzess dank Kreditfinanzierung von Daseinsvorsorge als Lohnersatz. Die demagogische Eingängigkeit der Parole vom „Über die Verhältnisse“-Leben der Bevölkerungen resultiert auch daraus dass ja in der Tat ein erheblicher Teil der europäischen Bevölkerung nicht aus zumindest Produktivlöhnen oder Transaktions-, Gewinn- und Vermögenssteuern, sondern mit Krediten finanziert worden ist und so den Kapitaleignern zusätzlich zu den Exportprofiten der Realwirtschaft noch Zinsgewinne aus der Finanzwirtschaft gebracht hat.

So gesehen liegt der Schwachpunkt der Forderungen nach einem „Marshallplan“ bzw. „New Deal“ nicht an einer mangelhaften ökonomischen Stimmigkeit. Der Schachpunkt liegt vielmehr in einer mangelhaften politischen Stimmigkeit: Ohne ausreichenden politisch-sozialen Druck ist die für ein Funktionieren von keynesianischen Marshallplänen und New Deals notwendige Besteuern von Gewinnen und Vermögen unrealistisch. Die für Europa und die Euro-Zone entscheidende Frage ist folglich, ob und wie eine soziale und politische europänapanationale Bewegung in Gang kommen kann, die von der neuen europäischen Hegemonialkaste, angeführt durch das deutsche Machtkartell die Verfügung ihr Eigentum, d.h. ihre Wertschöpfung zurückfordert. Zunächst in Form von Steuern und später als Rückführung in Gemeinwirtschaftsvermögen<sup>132</sup>

## 7. Europeanationale Bewegung für ein Sozialeuropa

### 7.1. Transportwesen, Bankenwirtschaft, Medienbereich

Ein Ansatzpunkt für die notwendige soziale und politische Bewegung für ein Sozialeuropa sind alle diejenigen Erwerbstätigen, die auf Grund ihrer konkreten Tätigkeit „europäisch“, zumindest grenzüberschreitend sind: Beispielsweise die Arbeitnehmer im Bereich Logistik und Transport<sup>133</sup>, sodann die Arbeitnehmer im Bereich Banken und Versicherungen sowie die Medienbeschäftigten. Zu denken ist auch an die vom deutsch-europäischen Spardiktat „zwangsmobilisierten“ Hochqualifizierten in Griechenland, Italien, Portugal und Spanien etc., über die sich die Ökonomen Kerneuropas, allen voran Deutschlands, als Lösung für ihre Demographieproblem freuen.<sup>134</sup>

<sup>130</sup> Schulmeister, Stephan: Mitten in der großen Krise – ein „New Deal“ für Europa, Pius-Verlag Wien 2010 und Auf der Suche nach einem Green New Deal. In: Böcklerimpuls, Düsseldorf 7/2013, S. 3; Jeager u.a.: Wege aus der Wachstumskrise. Hrsg. Europas Climate Forum, Potsdam 2009; Bartsch, Klaus: Szenarioanalysen zur Zukunft des sozialen Deutschland. Hrsg.: Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2009

<sup>131</sup> Schulmeister, Stephan: Navigation mit falscher Karte. In: Süddeutsche Zeitung, 29.7.2013

<sup>132</sup> Eine Strategie zur Durchsetzung eines Sozialeuropa unter der Leitidee einer Zurückforderung der produzierten Wertschöpfung einschließlich der dafür notwendigen Kreativarbeit, die besonders unter der Prekarisierung leidet ist noch nicht erkennbar. Vorherrschend sind versprengte Abwehraktionen wie etwa die Weigerung der Isländer für Pleitebanken zu haften. Die beeinflusste Verzögerung von Häuser- und Wohnungszwangsräumungen durch Kommunalverwaltungen in Spanien, die Korrektur von Spargesetzen durch oberste Gerichte in Portugal und Spanien. Gunnar, Hermann: Isländer lehnen Haftung für Bankenpleite ab. In: Süddeutsche Zeitung, 8.3.2010 und Schoepp, Sebastian: Auf Facebook gegen die Krise. In: Süddeutsche Zeitung, 9.4.2013

<sup>133</sup> In der EU 27 sind ca. 9,6 Millionen Beschäftigte im Bereich Verkehr und Lagerung tätig

<sup>134</sup> Kläsger et al.: Jugend ohne Arbeit: Die Euro-Krise raubt einer ganzen Generation ihre Zukunft mit dramatischen Folgen für die Gesellschaft. In: Süddeutsche Zeitung, 28.5.2013; Kläsger, Michael: Ge-

In der europolitischen Diskussion in Deutschland wird Kritik an der „kalkulierten Folgenlosigkeit“ der einschlägigen Debatten deutscher Großdenker wie Jürgen Habermus und Wolfgang Streeck geübt, von denen ersterer den Finanzkapitalismus durch die Vision eines sozial geeinten Europa, letzteres durch eine Regression zum Nationalstaat zähmen wollen. Thomas Steinfeld attackiert beide Positionen, dass sie nichts weiter seien als „akademische Fiktionen“.<sup>135</sup> Heiner Flassbeck stellt richtigerweise fest: „Die Verteilungsfrage muss vor der Wachstumsfrage gelöst sein.“<sup>136</sup> Der US-Ökonom James Galbraith fordert fast verzweifelt eine politisch-ökonomische Doppelstrategie: Ein europäisches Investitionsprogramm für Wachstum und einen europäischen Sozialpakt für Krisenopfer einerseits, aber vor allem eine Zahlung dieser tatsächlichen Rettungsgelder an den unwilligen und unfähigen Regierungen wie bspw. der griechischen vorbei direkt an die Empfänger – auch um dann Konsum und Wachstum zu fördern – statt Korruption und Verschwendung.<sup>137</sup>

Galbraith stellt mit dieser Forderung nach direkten Zahlungen an die Bevölkerungen in den europäischen Krisenländern bzw. an die verarmten Bevölkerungsteile in Europa die in gleicher Weise von der Europäischen Zentralbank vor allem an der deutschen Regierung und ihren europäischen Satellitenregierungen vorbei erfolgte Finanzmarktstabilisierung auf die sozialen Füße. Vor allem öffnet er mit seinem Vorschlag einer direkten europäischen Aktion den Blick für Lösungen, die andere Länder für die Folgen von Neoliberalismus, Kreditfalle und Wirtschaftsdepression gefunden haben: In Argentinien hat die durch die neoliberalen Experimente verarmte ehemalige Mittelschicht nach monatelangen Protesten den Staatspräsidenten regelrecht verjagt und eine Zahlungsunfähigkeitserklärung des Landes erzwungen. Der spätere neue Staatspräsident Nestor Kirchner setzte gegenüber den internationalen Gläubigern einen Schuldenschnitt von 50 Prozent durch: Argentinien erlebte danach einen enormen Wirtschaftsaufschwung. Interessant daran ist, dass der während der Schuldenkrise zusammengebrochene Sozialstaat durch ein in Eigeninitiative aufgebautes Selbstversorgungssystem ersetzt wurde, das auch eine ökonomische Basis der Proteste bot.<sup>138</sup>

Ein dritter wichtiger Bereich sind neben abgrenzbaren Sozialgruppen wie Transportbeschäftigten, Bankbeschäftigten, Medienbeschäftigten oder Qualifikationsmigranten soziale Situationsgruppen. Gemeint sind damit die Bevölkerungsgruppen, die in unterschiedlichem Umfang und Ausmaß von quasi-öffentlichen Gütern und Leistungen wie Energie, speziell Strom, Treibstoff und Heizöl; Mobilitätsbedingungen wie Straßen und Brücken; Mobilitätsdiensten wie Öffentlicher Personennahverkehr, Zugverkehr, Wohnmöglichkeiten einschließlich Ver- und Entsorgung; Kinderbetreuung und Schul- und Hochschulangeboten sowie Gesundheits- und Pflegeversorgung abhängig sind.<sup>139</sup> Hierbei handelt es sich mehrheitlich typisch um regional angebotene bzw.

---

trennte Wege. In: Süddeutsche Zeitung, 29./30.5.2013; Bernau, Karina: Betrogene Generation. In: Süddeutsche Zeitung, 31.5.2013 und Urban, Thomas: Volk der Überqualifizierten. In: Süddeutsche Zeitung, 1./2.6.2013

<sup>135</sup> Steinfeld, Thomas: Das andere Mal als lumpige Farce. In: Süddeutsche Zeitung, 27.5.2013

<sup>136</sup> Flassbeck, Heiner: Die Verteilungsfrage muss vor der Wachstumsfrage gelöst sein. In: Die Linke im Bundestag. Nachricht 27.8.2011. <http://www.linksfraktion.de/nachrichten/die-verteilungsfrage-muss-vor-der-wachstumsfrage-geloest-sein/>

<sup>137</sup> Balsler, Markus: Europa muss jetzt schnell handeln. In: Süddeutsche Zeitung, 30.7.2013

<sup>138</sup> Herzog, Roman: Der ökonomische Putsch oder: Was hinter den Finanzkrisen steht. Dossier der Sendung vom 20.04.2012, 19.15 – 20.00 Uhr Deutschlandfunk, S. 19 ff. Schoepp, Sebastian: Der lateinamerikanische Weg. Süddeutsche Zeitung 26.11.2012

<sup>139</sup> Diese Situationsgruppen wurden von den „kritischen“ Soziologen der späten 1960er Jahre und frühen 1970er Jahre als sozusagen spätkapitalistische Nachfolger des industriekapitalistischen Klassen interpretiert. Als Gesellschaftsmodell wurde ein durch Legitimations- und Moderationsmechanis-

vorgehaltene Güter und Leistungen: Die Konfliktlinie verläuft daher bevorzugt zwischen der Tendenz zu einer Privatisierung und Zentralisierung bzw. Konzentration bis Monopolisierung dieser Versorgung und einer Sozialsicherung in Form von Gemeinwirtschaft in den Regionen.<sup>140</sup>

## 8. Nicht Lösung sondern Teil des Problems: Gewerkschaften, Sozialverbände und Wohlfahrtsverbände

Für die Verbände der Arbeit, des Sozialen und der Wohlfahrt in Deutschland ergeben sich aus dieser Lage grundsätzliche Herausforderungen.

Sie werden zunächst die bisherige bequeme Beschränkung in territorialer Hinsicht auf Deutschland und hierbei in praktischer und mentaler Hinsicht auf das Arrangement „Alte Bundesländer – Bundesregierung“ aufgeben müssen. Sie werden außerdem die wohlfahrtsstaatstraditionelle Spartenteilung von Arbeit, Sozialem und Wohlfahrt aufgeben müssen. Arbeit wird auf weite Strecke prekär und überschneidet sich mit Sozialem als Nicht-Arbeit und Wohlfahrt als Armuts-Verwaltung, Tarifpolitik ist unter den Druck der Armutspolitik geraten. Sozialsicherung ist die Finanzierungsbasis eines der größten Arbeitsmärkte: Gesundheits- und Pflegewirtschaft. Wohlfahrt stellt große Teile der Einrichtungen und Unternehmen dieses Sektors.<sup>141</sup>

Die gehäuften gemeinsamen Kampagnen von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Wohlfahrtsverbänden bilden diese Überschneidungen zwar bei wichtigen gemeinsamen Themen richtig ab. Unterhalb dieser Kampagnen und innerhalb dieser Verbände fehlt es aber an einer angemessenen strategischen und organisatorischen Restrukturierung und Vernetzung.

---

men überlagerter Kapitalismus beschrieben, bei dem sich der Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit auf die Teilhabe an Daseinsvorsorge im weiteren Sinne verlagert hatte. Diese allenfalls Deskription des fordistischen Wohlfahrtsstaates ist heute im Lichte der zum Finanzkapitalismus gewordenen Mehrwertökonomie gründlich blamiertes soziologisches Feuilleton. Es hat gleich noch eine Exhumierung in Gestalt neuer Untersuchungen zu einem angeblichen „TeilhabeKapitalismus“ und dessen Hinscheiden erfahren. Als Identifikationshilfe für die Beschreibung der „Situationsgruppen“ taugt dieser Ansatz allerdings durchaus. Vgl. Bergman et al.: Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung. Manuskriptdruck, Frankfurt a. Main, o.J. und Busch, Ulrich; Land, Rainer: TeilhabeKapitalismus – Fordistische Wirtschaftsentwicklung und Umbruch in Deutschland 1950 – 2009. In: Bartelheimer et al.: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht. Hrsg.: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2012, S. 111 - 152

<sup>140</sup> Substantielle Regionalisierungsstrategien haben stets eine angemessene Rückforderung und vor allem Selbstverwaltung von Abgaben in Form von Steuern oder Beiträgen zum Ziel. Sie schließen interregionale Solidarausgleiche ein. Regionalisierungsstrategien die dazu dienen sollen interregionale Solidarausgleiche zu umgehen, wie dies typische Politik Bayerns ist, sind ebenso abzulehnen wie „Regionalisierungskonzepte“ die einerseits die Wertschöpfung der Regionen über Steuern und Beiträge zentral abschöpfen und die zentralgewährten, bevorzugt gekürzten Leistungen dann vor Ort vor den Betroffenen ausdiskutieren lassen. Diese Politik wird von SPD und Grün-Alternativen verfolgt. Exakt um diese Konfliktlage ist es in den 1980er und frühen 1990er Jahren bei der Organisationsreform der Gesetzlichen Krankenversicherungen und der Gesetzlichen Rentenversicherung und wieder in den letzten Jahren des vergangenen Jahrzehnts bei der Entstehung der zentralen Gesundheitsfonds gegangen.

Im Regionalisierungskontext interessant ist die aktuelle Diskussion um die Bankengröße bzw. die Rolle der regionalen Sparkassen und Raiffeisenbanken, die Ausbereitung von Regionalgeld etc. Perkuhn, Anja: Carlo statt Euro. In: Süddeutsche Zeitung, 22.12.2011

<sup>141</sup> Insofern haben die beliebten Aktionsbündnisse von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Wohlfahrtsverbänden etwas grundsätzlich uneigentliches an sich – eine Art Sieben-Schwaben-Politik Strategie.



Die bisherige Aufgabenverteilung in und zwischen den Verbänden, ihren Mitgliedsorganisationen und ihren Mitgliedern muss restrukturiert werden: Auf der Ebene der Gesamtverbände, also des Deutschen Gewerkschafts-Bundes, des VdK Deutschland, des Sozialverbandes Deutschland, der Volkssolidarität und der Wohlfahrtsspitzenverbände wird bislang dem Anspruch nach die allgemeine Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik formuliert und vertreten. Dass dies nicht zukunftsorientiert und wirkungsvoll stattfindet haben die erfolgreichen (Gegen-)„Reformen“ der zurückliegenden Jahrzehnte hinlänglich erwiesen. Hierzu sind sowohl die hierarchisch-bürokratischen Aufbaustrukturen der Verbände und die „Dialog“-Orientierung ihrer Bundespitzen in Richtung Regierung und zum Zwecke der Selbstlegitimierung ungeeignet.

Typisch sind daher Innovationsvorstöße in den Verbänden von den Landesebenen aus oder Charismaeffekte einzelner Führungspersönlichkeiten. Aber selbst bundesweit flächendeckende Kampagnen sind als symbolische Politik auf die Mitwirkung der Medien angewiesen. Gerade vor diesem Hintergrund ist die gezielte Mobilisierung und Koordinierung der eigenen Medien der Verbände defizitär. Negativbeispiel ist hier die Blattkonzeption der mit ca. 1,3 Mio. Exemplaren auflagenstarken monatlichen VdK-Zeitung, die im wesentlichen Hofberichterstattung und Traditionspflege betreibt. Ähnlich liegen die Dinge bei der SoVD-Zeitung.

Eine nicht auf symbolische Politik beschränkte Interessenvertretung gibt es bei den Verbänden der Arbeit, des Sozialen und der Wohlfahrt in einer Unzahl von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten bei Gerichten, Gremien, Ausschüssen etc. mit einem Geflecht von Schulungsmaßnahmen etc. Eine näher Untersuchung dieses Bereiches würde mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Konterkarierung der beabsichtigten Beteiligungswirkungen durch unkritisch-konforme Einstellungen und defizitäre Sachkenntnis bei den Beteiligungsträgern aufdecken. Einschlägige Untersuchungen über die Fehlfunktion der Selbstverwaltungsgremien bei den Sozialversicherungen belegen dies.

Im Bereich der Gewerkschaften soll das Verhältnis von kollektiver Interessenvertretung im Bereich der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zur sozusagen (branchen- und betriebs-)individuellen Interessenvertretung im Bereich der Tarifpolitik durch die Trennung in DGB- und Einzelgewerkschaften gesteuert werden.

Das Beispiel der Gewerkschaft ver.di zeigt, dass diese Arbeitsteilung eher der industriegewirtschaftlichen Vergangenheit als der dienstleistungswirtschaftlichen Gegenwart entspricht: Gerade im Bereich der sozialen und medizinischen Dienstleistungen überschneiden sich längst die als Beitragssatzstabilitätspolitik, d.h. Nebenlohnpolitik produzierte negative Einkommenspolitik des Staates und die Tarifpolitik im Gesundheits- und Pflegesektor unmittelbar.

Bei den Sozialverbänden ist es nicht gelungen, zwischen einer auf symbolische Dialogpolitik reduzierten kollektiven Interessenpolitik und einer auf juristischen Service ausgerichteten individuellen Interessenrealisierung eine mittlere Ebene von kollektiver Interessenpolitik zu etablieren, die von Gesetzesinitiativen, Musterprozessen, Masterpläne, etc. bis zur Organisation von Vor-Ort-Initiativen reicht. Dies hängt auch damit zusammen, dass das Eigeninteresse der VdK-Basisorganisation vor allem auf hohe Zahlen von individuellen Rechtsberatungsfällen gerichtet ist.

Auch bei den Wohlfahrtsverbänden, denen ähnlich wie den Sozialverbänden die Interessenvertretung der Nicht-Erwerbsbevölkerung obliegt, besteht ein Widerspruch zwischen kollektiver Interessenvertretung und Eigeninteresse vor allem der Basis-Organisationen. Diese sind als Erbringer subsidiärer sozialer Dienstleistungen auf öffentliche Mittel angewiesen und daher eher konfliktvermeidend. Allerdings haben sich hier gerade in Bayern die Landesebenen von AWO, Caritas und Diakonie in deutliche öffentliche Frontstellung zur Staatsregierung gebracht.

Zweifellos besteht aber bei allen Beteiligten ein Wahrnehmungsdefizit für den erheblichen Koordinierungsbedarf zwischen gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitischer-, branchen- und betriebsindividueller und mitgliedsindividueller Interessenvertretung und Interessendurchsetzung, zwischen Sozial-, Gesundheits- und Tarifpolitik.<sup>142</sup>

Die in letzter Zeit beliebten „Bündnisse“ sind hier eher Abbilder als Lösungen dieses Problems. Mit Ausnahme der Tafelbewegung, der Dorfladenbewegung und andere Selbsthilfeinitiativen und Organisationen sowie der Obdachlosenhilfe etc. gibt es derzeit im Unterschied zu den Konsumgenossenschaften, Wohnungsbaugenossenschaften der Vergangenheit etc. keine Leitidee für die Reorganisation der Alltagsproduktion unter Verarmungsbedingungen. Allerdings stellen hier das schon entstandene System der Niedrigstpreisketten, aber auch der Ebay-Kommerz, die Überkreuzangebote von Treibstoffverkauf, Bankendienst- und Fast-Food-Gutscheinen und letztlich auch die elektronischen Netzwerke eine Orientierungsfolie dar.

Besonders für die Sozialverbände ist es, gerade weil sie kaum über dann zur berücksichtigende Wirtschaftsunternehmen verfügen, angezeigt, eine Diskussion über die Reorganisation der Alltagsversorgung unter Verarmungsbedingungen zu führen. Die Kampagne des VdK-Deutschland zur Stärkung der Angehörigenpflege wäre aus dieser Sicht geführt zielführend gewesen, hat jedoch durch ihre fehlende politisch-strategische Konzipierung letztlich nur der Dekoration der Fortsetzung der Pflegedefizite durch das Politiksystem gedient.

Um soziale Innovationen zu organisieren bedarf es stets eines spezifischen sozialen Musters, das sich mit einer bestimmten Idee amalgamiert und diese auch unausgesprochen durch dieses Muster transportiert: Grundherrschaft, Staatsdienst, Privateigentum, Arbeitsmarkt etc. Für die absehbar mehrere Jahrzehnte erfordernde, das westliche Wohlfahrtsstaatsmodell hat seit dem Ende des Zeiten Weltkrieges etwa acht Jahrzehnte gedauert, Neusicherung des Alltagslebens unter den Bedingungen anhaltender Wirtschaftskrise und weltwirtschaftlicher Schwerpunktverlagerung wird wohl das soziale Muster „Regionale Genossenschaft“ für einen weiten Bereich ökonomischer und sozialer Bedürfnisse tragfähig sein.<sup>143</sup>

Netzwerke aus „Regionalen Genossenschaften“ werden die Großstrukturen sowohl der Sozialsicherung wie auch der Versorgungswirtschaft teilweise ersetzen müssen oder auch nachhaltiger machen müssen. Die Forderung nach einer Regionalisierung der Pflegeversicherung und eine regionale und kommunale Vernetzung der Pflegeversorgung ist ein typisches Beispiel. Vorrangig sollten aber die riskant gewordenen

<sup>142</sup> Goeschel, Albrecht: Tarifpolitik und Armutspolitik: Regelsatzurteil und Lohnabstandsgebot erfordern Koordination von Gewerkschaften und Sozialen Verbänden. Diskussionspapier für den Sozialverband VdK-NRW, Marquartstein Mai 2011

<sup>143</sup> Zander, Thomas: Die regionale (Re-)Strukturierung von Sozialverbänden durch die Verknüpfung von Vereinsebene und Genossenschaftsverbänden. In: George, Wolfgang; Berg, Thomas: (Hrsg.): Regionales Zukunftsmanagement Band 4: Regionalökonomie. Pabst Science Publishers, Lengerich 2012, S. 208 - 215

Bereiche des Alltagslebens und ihre Garantierung durch neue soziale Muster erarbeitet werden. Das zahlenmäßig starke Anwachsen der Energiegenossenschaften ist hier ein interessanter Vorgang. (Übersicht 11)

Ein derartiger bewusst alltagsnaher Programmrahmen innovativer sozialer Muster ist Grundlage für offensive Mittelrückforderungen von den öffentlichen Haushalten und von den gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen sowie von den Arbeitslosen- und Rentenkassen. Die bisherige Leitidee **Umverteilen** ist politisch irreführend. Es geht nicht um **Umverteilen** nach irgendeinem Maßstab der Gerechtigkeit sondern um **Rückgabe** der erarbeiteten Wertschöpfung.

### **Übersicht 11:**

#### **Alltagsbereiche mit Re-Organisationsbedarf**

- **Handel mit Arbeitszeit**
- **Geld- und Kredit**
- **Mobilität- und Transport**
- **Energie- und Wasser**
- **Wohnen**
- **Kultur und Bildung**
- **Lebensmittel und Bekleidung**
- **Möblierung und Reparatur**
- **Medien und Internet**
- **Reisen, Freizeit und Sport**
- **Genderprogramme**
- **Partnerschaft und Partnervermittlung**
- **Kinderbetreuung**
- **Schule und Hochschule**
- **Gesundheit und Pflege**
- **etc.**